

**Abwägung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Mit Schreiben vom 21.04.2023 wurden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB vom 20.04.2023 bis 09.05.2023 folgende Stellungnahmen abgegeben.

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<b>1. Einwender:in 1: Schreiben vom 08.05.2023</b>	
<p>In der Kommunalpolitik in Papenburg wurde ohne jeglichen vorgelegten Plan des Landwirten, dafür abgestimmt, dass sein Maststall bzw. Vorhaben genehmigt wird. Lediglich eine Stimme war dagegen. Mir ist es schleierhaft, wie über etwas abgestimmt werden kann, obwohl es keinerlei Planung dazu gibt. Gutachten fanden vor der Corona Pandemie statt. Zu dem damaligen Zeitpunkt war die Fläche um einiges kleiner.</p> <p>Dies lässt darauf schließen, dass eine größere Tierhaltung als 240.000 Tiere zu erwarten ist. Es ist keinerlei Sprache davon, die Gutachten neu aufstellen zu lassen. Was meiner Meinung nach ein Muss sein sollte.</p> <p>Tierschutz ist ein akutes Thema. Die Bedingungen in Mastställen sind einfach nicht artgerecht. Die Stadt Papenburg sollte ein Zeichen setzen gegen Massentierhaltung. Im Jahre 2023 sollte Natur-, Klima- und Umweltschutz gelebt werden und ich als Bürgerin wünsche mir von meiner Stadt Engagement und umsichtiges Handeln mit Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. Auch die Gesundheitliche Belastung der Abgase und Keime in der Luft, heiße ich nicht für gut. Die Gefahr multiresistenter Keime in einem solchem Betrieb ist nicht mehr wegzudenken. Das stellt für umliegende Nachbarn ein erhöhtes Gesundheitsrisiko dar und sollte ernst genommen werden. Zusammenfassend mache ich mir Sorgen um:</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Im Rahmen der Frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung ist es eher der Normalfall, dass lediglich ein Änderungsbereich sowie eine kurze Projektbeschreibung vorgelegt wird. Im Rahmen der Öffentlichen Auslegung werden dann ausführliche Unterlagen ausgelegt.</p> <p>Es wird ein Immissionsschutzgutachten sowie eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung vorgenommen und im weiteren Verfahren ergänzt. Zudem wird ein Umweltbericht erstellt und der Planung zugrunde gelegt. Er dient dazu, die Auswirkungen auf die Umwelt (wie Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen, Menschen und Klima) zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten, um sie anschließend in den Abwägungsprozess einfließen zu lassen.</p> <p>Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland.</p> <p>Durch diese vorbereitende Bauleitplanung wird noch kein Baurecht geschaffen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen eines etwaigen späteren Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eine umfassende immissionsschutzrechtliche Prüfung durchzuführen ist. Dies schließt eine detaillierte Bewertung von Stickstoffdeposition, Ammoniakemissionen, Bioaerosolen, Staub- und Lärmemissionen sowie ggf. weiteren relevanten Stoffeinträgen ein. Die Genehmigung ist nur zulässig, wenn die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Die möglichen Auswirkungen lassen sich durch die Tierartenwahl und</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<ul style="list-style-type: none"> <li>* Natur-, Umwelt- und Klimaschutz</li> <li>* Gesundheit der Bürger</li> <li>* Tierschutz</li> <li>* das Einbeziehen der Bürger (was hier bisher nicht der Fall war)</li> <li>* Lärmbelästigung</li> <li>* zunehmender Güterverkehr</li> <li>* Geruchsbelästigung</li> <li>* Missachtung Naturschutzgebiet</li> <li> </li> <li>* gesprengte Brücke</li> </ul>	<p>mögliche technische Maßnahmen zur Immissionsminderung (Filtertechnik etc.) erst auf der Basis der konkreten Vorhabenplanung abschließend betrachten und auch nachhaltig lösen.</p> <p>s.o.</p> <p>s.o.</p> <p>s.o.</p> <p>Im Rahmen der Bauleitplanung ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB ein wesentlicher Bestandteil des Verfahrens.</p> <p>s.o.</p> <p>Die Erhöhung der Verkehrsmengen wird sich der bisherigen Inanspruchnahme der K104 unterordnen. Erhebliche Zusatzbelastungen werden nicht gesehen.</p> <p>s.o.</p> <p>Das am nächsten zum Änderungsbereich gelegen Naturschutzgebiet (NSG WE 00145, Nenndorfer Mörken) befindet sich ca. 200 m westlich des Änderungsbereiches außerhalb der Hauptwindrichtung. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen eines etwaigen späteren Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eine umfassende immissionsschutzrechtliche Prüfung durchzuführen ist. Dabei sind insbesondere die Auswirkungen auf das nahegelegene Naturschutzgebiet „Nenndorfer Mörken“ sowie mögliche FFH-relevante Lebensräume zu berücksichtigen. Dies schließt eine detaillierte Bewertung von Stickstoffdeposition und Ammoniakemissionen ein. Die Genehmigung ist nur zulässig, wenn die gesetzlichen Anforderungen des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes eingehalten werden. Die möglichen Auswirkungen lassen sich durch die Tierartenwahl und mögliche technische Maßnahmen zur Immissionsminderung (Filtertechnik etc.) erst auf der Basis der konkreten Vorhabenplanung abschließend betrachten und auch nachhaltig lösen.</p> <p>Im Zusammenhang mit den Wirkungen auf die Landschaft und Erholungsnutzung wird darauf verwiesen, dass im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272) eine Eingrünung vorgehalten wird, so dass erhebliche Auswirkungen auf die Landschaft ausgeschlossen werden können. Erhebliche Beeinträchtigungen der Erholungsnutzung lassen sich durch die Planung auf der Ebene der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht herleiten.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
* Wertminderung der anliegenden Grundstücke	Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG, Beschluss vom 13.11.1997, 4 B 195/97) ist es hinzunehmen, wenn eine Wertminderung eines Grundstückes infolge eines rechtmäßig genehmigten Vorhabens eines Nachbarn eintritt. Wertminderungen als Folge der Ausnutzung der einem Dritten erteilten Baugenehmigung bilden für sich genommen keinen Maßstab dafür, ob Beeinträchtigungen im Sinne des Rücksichtnahmegebots zumutbar sind oder nicht. Einen allgemeinen Rechtsatz des Inhalts, dass der einzelne einen Anspruch darauf hat, vor jeglicher Wertminderung bewahrt zu werden, gibt es nicht (vgl.: Verwaltungsgericht Osnabrück, Urteil vom 05.11.2014, Az. 2 A 5/10).
<b>2. Einwender:in 2: Schreiben vom 07.05.2023</b>	
<p>Da die öffentliche Bekanntmachung sehr vage formuliert ist, lässt sich die Belastung für uns Anwohner und die angrenzenden Länder (Naturschutz- und Erholungsgebiet) leider nicht konkret abschätzen. Unter diesen Umständen gestaltet sich eine detaillierte Stellungnahme recht schwierig.</p> <p>In jedem Fall sind wir gegen eine industrielle Massentierhaltung so nah am Ort und dem umliegenden Naturschutz- und Erholungsgebiet.</p> <p>Abgesehen von der fragwürdigen Tierhaltung befürchten wir hier auch eine enorme Geruchsbelastung, einen Anstieg des Keimgehaltes in der Luft und zusätzliche Lärmbelastung durch den Abtransport der Erzeugnisse.</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland. Im Zusammenhang mit dem Naturschutz der Erholungsnutzung wird auf die Ausführungen unter Punkt 1 verwiesen.</p> <p>Durch diese vorbereitende Bauleitplanung wird noch kein Baurecht geschaffen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen eines etwaigen späteren Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eine umfassende immissionsschutzrechtliche Prüfung durchzuführen ist. Dies schließt eine detaillierte Bewertung von Stickstoffdeposition, Ammoniakemissionen, Bioaerosolen, Staub- und Lärmemissionen sowie ggf. weiteren relevanten Stoffeinträgen ein. Die Genehmigung ist nur zulässig, wenn die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Die möglichen Auswirkungen lassen sich durch die Tierartenwahl und mögliche technische Maßnahmen zur Immissionsminderung (Filtertechnik etc.) erst auf der Basis der konkreten Vorhabenplanung abschließend betrachten und auch nachhaltig lösen.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Dies zieht aus Sicht der Anwohner eine Wertminderung unserer Immobilien nach sich.</p> <p>Die Umsiedlung eines einzelnen Landwirts aus dem Bokeler Bogen (im Zuge der Verlegung der Umgehungsstraße) darf nicht auf dem Rücken der restlichen Anwohner ausgetragen werden. Es stehen genügend Flächen außerhalb der Ortschaft für solche Arten der Flächenbebauung zur Verfügung.</p> <p><i>Angehängte Unterschriftensammlung: 276 Personen</i></p>	<p>Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG, Beschluss vom 13.11.1997, 4 B 195/97) ist es hinzunehmen, wenn eine Wertminderung eines Grundstückes infolge eines rechtmäßig genehmigten Vorhabens eines Nachbarn eintritt. Wertminderungen als Folge der Ausnutzung der einem Dritten erteilten Baugenehmigung bilden für sich genommen keinen Maßstab dafür, ob Beeinträchtigungen im Sinne des Rücksichtnahmegebots zumutbar sind oder nicht. Einen allgemeinen Rechtsatz des Inhalts, dass der einzelne einen Anspruch darauf hat, vor jeglicher Wertminderung bewahrt zu werden, gibt es nicht (vgl.: Verwaltungsgericht Osnabrück, Urteil vom 05.11.2014, Az. 2 A 5/10).</p> <p>Die Festlegung der Fläche zur Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes aus den Projektbereich Bokeler Bogen / Verlegung der Rheiderlandstraße an den dieser Planung zugrunde liegenden Standort unter Berücksichtigung einer zukunftsfähigen Entwicklung erfolgte auf der Basis städtebaulicher Kriterien im Vorfeld zur Einleitung dieser Bauleitplanung. Diese werden in den Unterlagen ergänzt und erläutert.</p>
<b>3. Einwender:in 3: Schreiben vom 07.05.2023</b>	
<p>Ich bin gegen Massentierhaltung, insbesondere wenn diese ortsnahe ansässig werden möchte.</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen. Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland.</p>
<b>4. Einwender:in 4: Schreiben vom 08.05.2023</b>	
<p>Keine Qualzucht in und um Papenburg! Ich möchte mich dagegen aussprechen.</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen. Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p><b>5. Einwender:in 5: Schreiben von Anonym</b></p> <p>Am 14.03.2023 wurde in einer öffentlichen Ratssitzung über die Änderung des Flächennutzungsplanes „Bolande“ debattiert und dieser schließlich durch eine Abstimmung mit großer Mehrheit genehmigt.</p> <p>Der Landwirt, der beabsichtigt, in dem Gebiet westlich der Dammstraße einen landwirtschaftlichen Betrieb zu errichten, hat zu diesem Vorhaben mit Ausnahme einiger grober Details keine weiteren Einzelheiten zur Art und Weise dieses Betriebes bekanntgegeben. Die ursprüngliche Planung im Jahr 2019 sah eine Hähnchenmastanlage von 240.000 Tieren vor, wofür ihm eine Fläche von 5,7 ha zur Verfügung stand. Der Genehmigungsantrag wurde seinerzeit mit nur knapper Mehrheit angenommen, seitdem trat eine lange Phase der Ruhe ein.</p> <p>Jetzt ist das Vorhaben wieder auf dem Plan, die Fläche ist mit mehr als 16 ha nun nahezu dreimal so groß geworden und der Landwirt gibt an, eine Nutzungsänderung zu planen. Die einzigen Angaben, die er dazu macht, bestehen in der Schaffung einer Freifläche sowie dem Bau einer Biogasanlage.</p> <p>Angaben dieser Art dienen möglicherweise zunächst einmal dazu, bei Bürgern und Anwohnern den Eindruck zu erwecken, sich für eine ökologisch-biologische Ausrichtung seines Betriebes entschieden zu haben, gegen die nur wenig oder keine Einwände erhoben werden. Tatsächlich sagen diese Andeutungen eines neuen Konzepts aber zunächst einmal gar nichts aus. Sollte es jedoch wirklich in Richtung Bio-Betrieb gehen, dann sehe ich von Seiten des Landwirtes keine Veranlassung dazu, genauere Details zur Bewirtschaftung nicht zu nennen. Aus diesem Grunde gehe ich zunächst weiterhin davon aus, dass es sich um einen Betrieb mit konventioneller Massentierhaltung handeln wird, und damit bin ich aus vielerlei Gründen nicht einverstanden!</p> <p>Zunächst einmal war ich bei der Ratssitzung am 14.03.2023 sehr darüber erstaunt, dass es möglich ist, ohne ein brauchbares Konzept über ein derartiges Projekt überhaupt abstimmen zu können, wurde dann aber von einem Ratsmitglied darüber belehrt, dass dies rechtlich tatsächlich möglich</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Die Größe der ausgewiesenen Sonderbaufläche berücksichtigt neben der Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes eine adäquate Betriebsentwicklung, damit dieser sich auch zukunftsfähig aufstellen kann. Es wird jedoch ergänzt, das im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272) ein Baufeld bzw. für bauliche Anlagen (Gebäude) überbaubarer Bereich von ca. 7,52 ha ausgewiesen wird. Die Genehmigungen zu den Einzelanlagen erfolgen im weiteren Verfahren. Die grundsätzliche Eignung der Fläche wird durch die dieser Bauleitplanung zugrunde liegenden Gutachten wie zu den Themenbereichen Geruch und Artenschutz herausgestellt</p> <p>Es ist nicht vorgesehen oder Grundlage der Planung, einen „Bio-Betrieb“ zu errichten. Davon wurde auch bisher nicht gesprochen. Bei der Bauleitplanung handelt es sich um eine Angebotsplanung für die Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes aus den Projektbereich Bokeler Bogen / Verlegung der Rheiderlandstraße an den dieser Planung zugrunde liegenden Standort.</p> <p>Im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung ist es eher der Normalfall, dass lediglich der Änderungsbereich sowie eine kurze Projektbeschreibung vorgelegt wird. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung werden dann ausführliche Unterlagen ausgelegt.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>ist, auch wenn es mir meiner Überzeugung nach äußerst kurios und mehr als fragwürdig erscheint.</p> <p>In der Sitzung wurde in weiten Teilen die Meinung vertreten, dass die Erstellung neuer Umweltgutachten nicht erforderlich sei, da diese bereits vor Jahren erarbeitet und keine Umweltunverträglichkeiten festgestellt wurden. Das halte ich allerdings schon alleine wegen der erheblich vergrößerten Fläche für nicht akzeptabel.</p> <p><b>Massentierhaltung</b> Die Probleme der Massentierhaltung sind seit Jahrzehnten hinlänglich bekannt, trotzdem werden immer wieder Genehmigungen für neue Anlagen erteilt und deren umweltschädigenden Einflüsse insbesondere auch von der Politik immer wieder unter den Teppich gekehrt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- multiresistente Keime</li> <li>- Geruchsbelästigung durch Ammoniakemissionen</li> <li>- Nitratanreicherung im Grundwasser durch steigende Güllebelastung</li> <li>- Medikamentenrückstände in Fleisch und Exkrementen</li> <li>- nicht artgerechte Tierhaltung (über 90% des Fleisches kommt aus Massentierhaltung)</li> <li>- Entwertung von Haus, Grundstück und Naherholungsgebieten und vieles andere mehr...</li> </ul>	<p>Es wird ein Immissionsschutzgutachten erstellt sowie eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung vorgenommen und im weiteren Verfahren ergänzt. Zudem wird ein Umweltbericht erstellt und der Planung zugrunde gelegt. Er dient dazu, die Auswirkungen auf die Umwelt (wie Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen, Menschen und Klima) zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten, um sie anschließend in den Abwägungsprozess einfließen zu lassen.</p> <p>Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland.</p> <p>Im Rahmen des Bauvorhabens bzw. der Hofumsiedelung werden alle rechtlichen Vorgaben eingehalten und soweit notwendig durch entsprechende Gutachten gestützt.</p> <p>Durch den Immissionsschutztechnischen Bericht Nr. GS23144.1+2/02 (FIDES 2024) wird aufgezeigt, dass die Entwicklung eines tierhaltenden Betriebes aus geruchstechnischer Sicht grundsätzlich möglich ist. Die Konkretisierung der Planung hat in den nachfolgenden Verfahrensschritten zu erfolgen.</p> <p>Auf dem Themenbereich Wasser (Grund- und Oberflächengewässer) wird im Rahmen der Erstellung des Umweltberichtes eingegangen.</p> <p>Der Einsatz von Medikamenten hat auf der Basis der gültigen gesetzlichen Vorgaben zu erfolgen und ist auf dieser Basis grundsätzlich zulässig. Auf eine ordnungsgemäße Landwirtschaft wird verwiesen.</p> <p>Siehe oben.</p> <p>Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG, Beschluss vom 13.11.1997, 4 B 195/97) ist es hinzunehmen, wenn eine Wertminderung eines Grundstückes infolge eines rechtmäßig genehmigten Vorhabens eines Nachbarn eintritt. Wertminderungen als Folge der Ausnutzung der einem Dritten erteilten Baugenehmigung bilden für sich genommen keinen Maßstab dafür, ob Beeinträchtigungen im Sinne des Rücksichtnahmegebots zumutbar sind oder nicht. Einen allgemeinen Rechtsatz des Inhalts, dass der einzelne einen Anspruch darauf hat, vor jeglicher</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>An durchschnittlich 150 bis 160 Tagen im Jahr weht der Wind im Emsland aus westlichen Richtungen (Windrichtung - Landkreis Emsland - Klimarechner ...). Damit sind nicht nur die direkten Anwohner betroffen, sondern auch die Stadt Papenburg wird von Geruchsbelästigungen und multiresistenten Keimen häufig betroffen sein. An dieser Tatsache ändern auch Filteranlagen neuerer Bauart längst nicht alles. Insbesondere beim regelmäßigen Ausstallen (Masthähnchen sind nach ca. sechs Wochen schlachtreif) tritt das Problem besonders stark auf. Die Ausbringung der Gülle tut ein Übriges!</p> <p>Seit Jahrzehnten sind die Nitratwerte im Grundwasser (insbesondere in Niedersachsen) deutlich zu hoch. Noch nie ist es in Deutschland gelungen, den Grenzwert von 50 Mikrogramm je Liter Grundwasser flächendeckend einzuhalten. Seit Jahren warnt die EU mit hohen Strafen (bis zu 800.000 € pro Tag), weil Deutschland nicht handelt. Nitrat wird im menschlichen Körper in Nitrit umgewandelt und kann Krebs verursachen. Besonders gefährlich ist Nitrit für Säuglinge, bei denen es zu einer Unterversorgung des Blutes mit Sauerstoff kommen kann (sog. „Blausucht“).</p> <p>Der Löwenanteil des Fleisches in Deutschland kommt aus der Massentierhaltung (Haltungsform 1). Diese Art der Tierhaltung ist nicht artgerecht! Massentierhaltungsbetriebe in geringer Entfernung entwerten Wohnhäuser und Grundstücke, Gastronomiebetriebe und Naherholungsgebiete.</p> <p>Hier wäre insbesondere der Bereich des Kanals rund um die „Gesprengte Brücke“ zu nennen, der für viele Papenburger ein beliebtes Naherholungsgebiet darstellt.</p> <p>Die Fleischerzeugung in Deutschland ist seit 2022 stark rückläufig und passt sich damit in Teilen dem Verbraucherverhalten an (-8,1 %).</p>	<p>Wertminderung bewahrt zu werden, gibt es nicht (vgl.: Verwaltungsgericht Osnabrück, Urteil vom 05.11.2014, Az. 2 A 5/10).</p> <p>Die aufgeführten Aspekte werden im Rahmen eines Immissionsschutzgutachtens berücksichtigt.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Antragstellung zum Bauvorhaben (Genehmigungsverfahren) wird das notwendige Immissionsschutzgutachten erstellt und ergänzt.</p> <p>Siehe oben.</p> <p>Im Zusammenhang mit den Wirkungen auf die Landschaft und Erholungsnutzung wird darauf verwiesen, dass im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272) eine Eingrünung vorgehalten wird, so dass erhebliche Auswirkungen auf die Landschaft ausgeschlossen werden können. Erhebliche Beeinträchtigungen der Erholungsnutzung lassen sich durch die Planung auf der Ebene der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht herleiten.</p> <p>Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation in Deutschland.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Massentierhaltung ist gegen den Trend der Zeit, begünstigt den Klimawandel, ist ethisch nicht vertretbar und erfüllt den Tatbestand der Tierquälerei.</p> <p>Aus der Presse war vor einiger Zeit zu entnehmen, dass unsere Bürgermeisterin Frau Gattung Bäume gepflanzt hat (was ich für ein sehr löbliches Unterfangen halte!).</p> <p>Dabei frage ich mich allerdings auch: Gibt es eigentlich Ausgleichsflächen für die 16 ha Natur, die durch den neuen landwirtschaftlichen Betrieb zumindest teilweise zerstört werden, und insbesondere auch für die massive Umweltzerstörung durch die Firma Meyer (Bodenversiegelung), die ja unter dem Strich Verursacher dieser ganzen Misere ist und die Menschen von ihren Höfen vertreibt. Ist es wirklich notwendig, dass diese Firma immer weiter expandiert und in Zeiten des Klimawandels noch mehr von diesen nutzlosen Ozeanriesen baut, die die Welt nicht braucht? Es ist ja gut, dass viele Menschen aus der Region dort ihre Arbeit finden (wobei noch anzumerken sei, dass eine große Anzahl der dort Beschäftigten gar nicht aus der Region kommt), aber muss die Firma sich tatsächlich immer mehr ausbreiten, immer mehr Umwelt zerstören und gegen die Zeichen der Zeit arbeiten? Haben wir hier so viele Menschen ohne Beschäftigung, dass die Region Papenburg ohne die ständigen Erweiterungen ansonsten in Armut verfällt? Und hat das Ganze irgendwann auch mal ein Ende?</p>	<p>Der vorgetragene Punkt hat keinen Bezug zur hier vorliegenden Bauleitplanung.</p> <p>Durch diese vorbereitende Bauleitplanung wird noch kein Baurecht geschaffen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen eines etwaigen späteren Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eine umfassende immissionsschutzrechtliche Prüfung durchzuführen ist. Dies schließt eine detaillierte Bewertung von Stickstoffdeposition, Ammoniakemissionen, Bioaerosolen, Staub- und Lärmemissionen sowie ggf. weiteren relevanten Stoffeinträgen ein. Die Genehmigung ist nur zulässig, wenn die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Die möglichen Auswirkungen lassen sich durch die Tierartenwahl und mögliche technische Maßnahmen zur Immissionsminderung (Filtertechnik etc.) erst auf der Basis der konkreten Vorhabenplanung abschließend betrachten und auch nachhaltig lösen. Im Rahmen der Eingriffsbilanzierung, welche Teil des Umweltberichtes ist, werden der Ist-Zustand sowie die Soll-Planung gegenübergestellt. Bei einem Defizit sind entsprechende Kompensationen zu leisten. Diese sollen weitestgehend innerhalb des Änderungsbereiches erfolgen.</p>
<b>6. Einwender:in 6: Schreiben vom 06.05.2023</b>	
<p>Ich bin gegen den Bau einer solchen Mastanlage, weil das keine artgerechte Haltung von Tieren ist und völlig gegen den Trend in Richtung weniger Fleischverzehr ist. Besser wäre es die Fläche für Photovoltaik zu nutzen.</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt. Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland. Die Festlegung der Fläche zur Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes aus den Projektbereich Bokeler Bogen / Verlegung der Rheiderlandstraße an den dieser Planung zugrunde liegenden Standort unter Berücksichtigung einer zukunftsfähigen Entwicklung erfolgte auf der Basis städtebaulicher Kriterien im Vorfeld zur Einleitung dieser Bauleitplanung. Diese werden in den Unterlagen ergänzt und erläutert.</p>



Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<b>7. Einwender:in 7: Schreiben vom 07.05.2023</b>	
<p>Gerade in der heutigen Zeit, sollte es keine Massentierhaltung mehr geben. Viele Untersuchungen zeigen, wie schädlich das für die Umwelt und somit für jeden einzelnen von uns ist. Es ist wirklich fünf vor Zwölf.</p> <p>Durch die Ansiedlung wird es in diesem Bereich sicherlich zur großen Geruchsbelästigung kommen.</p> <p>Auch die Lärmbelastung durch zusätzliche Fahrzeuge wird sich sehr erhöhen.</p> <p>Die Umsiedlung könnte sicherlich auch an einen anderen Ort verlegt werden, wo nicht so viele Bürger betroffen wären.</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt.</p> <p>Durch den Immissionsschutztechnischen Bericht Nr. GS23144.1+2/02 (FI-DES 2024) wird aufgezeigt, dass die Entwicklung eines tierhaltenden Betriebes aus geruchstechnischer Sicht grundsätzlich möglich ist. Die Konkretisierung der Planung hat in den nachfolgenden Verfahrensschritten zu erfolgen.</p> <p>Die Erhöhung der Verkehrsmengen wird sich der bisherigen Inanspruchnahme der K104 unterordnen. Erhebliche Zusatzbelastungen werden nicht gesehen.</p> <p>Die Festlegung der Fläche zur Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes aus den Projektbereich Bokeler Bogen / Verlegung der Rheiderlandstraße an den dieser Planung zugrunde liegenden Standort unter Berücksichtigung einer zukunftsfähigen Entwicklung erfolgte auf der Basis städtebaulicher Kriterien im Vorfeld zur Einleitung dieser Bauleitplanung. Diese werden in den Unterlagen ergänzt und erläutert.</p>
<b>8. Einwender:in 8: Schreiben vom 07.05.2023</b>	
<p>Die jetzt geplante Vergrößerung der Fläche von ca. 8 ha, von denen ca. 5,6 ha dem Landwirt gehören, auf nunmehr ca. 15 ha ist durch nichts gerechtfertigt und gibt Anlass zur Sorge, dass die Umweltbelastungen für Mensch und Natur noch größer werden als auf der ursprünglich geplanten Fläche.</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt. Die Größe der ausgewiesenen Sonderbaufläche berücksichtigt neben der Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes aus den Projektbereich Bokeler Bogen / Verlegung der Rheiderlandstraße an den dieser Planung zugrunde liegenden Standort eine adäquate Betriebsentwicklung, damit dieser sich auch zukunftsfähig aufstellen kann. Es wird ergänzt, dass im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272) ein Baufeld bzw. für bauliche Anlagen (Gebäude) überbaubarer Bereich von ca. 7,52 ha ausgewiesen wird. Die Genehmigungen zu den Einzelanlagen erfolgen im weiteren Verfahren. Die grundsätzliche Eignung der Fläche wird durch die dieser Bauleitplanung zugrunde liegenden Gutachten wie zu den Themenbereichen Geruch und Artenschutz herausgestellt.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Es ist außerdem meines Erachtens nicht zu verantworten, dem Landwirt einen "Freifahrtschein" für die spätere Nutzung dieser Fläche zu geben, ohne dass bekannt ist, was genau er auf dieser Fläche machen will. Weder die Art der Tierhaltung noch welche Art Tiere, noch was sonst noch auf dem Gelände geplant ist, ist bisher bekannt.</p> <p>Weiterhin kritisiere ich das Fehlen einer erneuten Prüfung der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Emsland, die dann auch Bezug auf die doppelt so große Fläche und davon ausgehende mögliche Gefährdungen für Mensch und Umwelt nimmt. Die bisher vorliegende Prüfung im Rahmen eines Scoping-Termins stammt aus dem Jahr 2016, ist also über 7 Jahre alt! Damals wurde eben auch noch von der kleineren Fläche ausgegangen. Deshalb ist aus meiner Sicht unbedingt eine erneute Prüfung erforderlich, deren Ergebnis dann zunächst wieder politisch geprüft werden muss.</p> <p>Aus den genannten Gründen lehne ich die Ansiedlung des Landwirts auf der Fläche an der Bokeler Straße westlich Dammstraße entschieden ab.</p>	<p>Die Flächennutzungsplanung regelt zunächst die grundsätzliche städtebauliche Entwicklung. Die Konkretisierung der Planungen erfolgt in den hieran anschließenden Verfahren.</p> <p>Die Untere Naturschutzbehörde wird als Träger öffentlicher Belange im Rahmen dieser Bauleitplanung beteiligt.</p> <p>Die Feststellung des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und zurückgewiesen.</p>
<b>9. Einwender:in 9: Schreiben vom 08.05.2023</b>	
<p>Hallo,</p> <p>Ich bin generell gegen Massentierhaltung.</p> <p>Ich sehe nur Nachteile für die Bewohner in dieser Gegend.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Geruchsbelästigung / Emissionen</li> <li>• Tiertransporte</li> <li>• Keimbelastung</li> <li>• Überdüngung der Böden</li> </ul>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und zurückgewiesen.</p> <p>Durch den Immissionsschutztechnischen Bericht Nr. GS23144.1+2/02 (FIDES 2024) wird aufgezeigt, dass die Entwicklung eines tierhaltenden Betriebes aus geruchstechnischer Sicht grundsätzlich möglich ist. Die Konkretisierung der Planung hat in den nachfolgenden Verfahrensschritten zu erfolgen.</p> <p>Die Tiertransporte haben unter den gültigen gesetzlichen Vorgaben zu erfolgen und sind auf dieser Basis grundsätzlich zulässig.</p> <p>Auf die Aussagen zum Geruch wird verwiesen.</p> <p>Die Düngung der Böden hat auf der Basis der gültigen gesetzlichen Vorgaben zu erfolgen und sind auf dieser Basis grundsätzlich zulässig. Auf die ordnungsgemäße Landwirtschaft wird verwiesen.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<ul style="list-style-type: none"> <li>• ist das artgerechte Tierhaltung</li> <li>• Einsatz von Antibiotika</li> <li>• Überschussproduktion für Export</li> <li>• Wertminderung des Hofes und Eigenheims</li> <li>• Beeinträchtigung des Landschaftsbildes</li> </ul>	<p>Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland.</p> <p>Der Einsatz von Antibiotika hat auf der Basis der gültigen gesetzlichen Vorgaben durch einen Veterinär zu erfolgen und ist auf dieser Basis grundsätzlich zulässig. Auf eine ordnungsgemäße Landwirtschaft wird verwiesen.</p> <p>Der Punkt ist nicht Bestandteil der Bauleitplanung. Die Fläche dient der Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes aus den Projektbereich Bokeler Bogen / Verlegung der Rheiderlandstraße an den dieser Planung zugrunde liegenden Standort unter Berücksichtigung einer zukunftsfähigen Entwicklung.</p> <p>Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG, Beschluss vom 13.11.1997, 4 B 195/97) ist es hinzunehmen, wenn eine Wertminderung eines Grundstückes infolge eines rechtmäßig genehmigten Vorhabens eines Nachbarn eintritt. Wertminderungen als Folge der Ausnutzung der einem Dritten erteilten Baugenehmigung bilden für sich genommen keinen Maßstab dafür, ob Beeinträchtigungen im Sinne des Rücksichtnahmegebots zumutbar sind oder nicht. Einen allgemeinen Rechtsatz des Inhalts, dass der einzelne einen Anspruch darauf hat, vor jeglicher Wertminderung bewahrt zu werden, gibt es nicht (vgl.: Verwaltungsgericht Osnabrück, Urteil vom 05.11.2014, Az. 2 A 5/10).</p> <p>Im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272) wird eine Eingrünung des Baufeldes nebst einer Bauhöhenbeschränkung vorgehalten, so dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild ausgeschlossen werden können.</p>
<b>10. Einwender:in 10: Schreiben vom 08.05.2023</b>	
<p>Die Ansiedlung des landwirtschaftlichen Betriebes/ Bokel sehe ich überaus kritisch. Eine artgerechte Tierhaltung wird in dem vorgesehenen Betrieb nicht möglich sein. Zudem wird es eine Überschussproduktion geben, die wahrscheinlich für Exporte vorgesehen ist und für die Tiere unzumutbare Transporte erfordern. Bei der derzeitigen Konzentration von Mastställen in der Region und der aktuellen Lage (Fleischkonsum geht aus Umwelt- und Tierschutzgründen enorm zurück) halte ich eine zusätzliche</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt. Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland. Der Punkt „Überschussproduktion“ ist nicht Bestandteil der Bauleitplanung. Die Fläche dient der Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes aus den Projektbereich Bokeler Bogen / Verlegung der Rheiderlandstraße an den dieser Planung zugrunde liegenden Standort unter Berücksichtigung</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
Geruchsbelästigung und Beeinträchtigung des Landschaftsbildes für vollkommen unzumutbar und überflüssig.	einer zukunftsfähigen Entwicklung. Tiertransporte haben unter den gültigen gesetzlichen Vorgaben zu erfolgen und sind auf dieser Basis grundsätzlich zulässig. Durch den Immissionsschutztechnischen Bericht Nr. GS23144.1+2/02 (FIDES 2024) wird aufgezeigt, dass die Entwicklung eines tierhaltenden Betriebes aus geruchstechnischer Sicht grundsätzlich möglich ist. Die Konkretisierung der Planung hat in den nachfolgenden Verfahrensschritten zu erfolgen. Im Zusammenhang mit den Wirkungen auf das Landschaftsbild wird darauf verwiesen, dass im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272) eine Eingrünung des Baufeldes nebst einer Bauhöhenbeschränkung vorgehalten wird, so dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild ausgeschlossen werden können.
<b>11. Einwender:in 11: Schreiben vom 08.05.2023</b>	
<p>Ich protestiere als Bürgerin der Stadt Papenburg gegen die Errichtung des Hähnchenmastbetriebes der Familie Rieke-Heyen.</p> <p>Dass die Genehmigung Ihrerseits erfolgte, obwohl kein Konzept vorgelegen hat, ist absolut unverständlich.</p> <p>Auch passt das geplante Projekt der Massentierhaltung angesichts des Klimawandels und der Umweltbelastung nicht in die heutige Zeit. Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Stadt Papenburg als unsere Bürgervertreter solch zweifelhaften Projekten ohne Einwände zustimmt. Ich bitte Sie, das gesamte Projekt der Familie Rieke-Heyen zu überprüfen.</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt.</p> <p>Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung werden die grundsätzlichen räumlichen Entwicklungsabsichten im Stadtgebiet geregelt. Die Festlegung der Fläche zur Umsiedlung des landwirtschaftlichen Betriebes erfolgte auf der Basis städtebaulicher Kriterien im Vorfeld zur Einleitung dieser Bauleitplanung. Diese werden in den Unterlagen ergänzt und erläutert.</p>
<b>12. Einwender:in 12: Schreiben vom 08.05.2023</b>	
<p>Wir wohnen in der Nähe vom Bebauungsgebiet Nr. 272 Bolande - westlich Dammstraße.</p> <p>Von den bereits mehreren errichteten Hähnchenmastställen in unseren umliegenden Umgebungen ist ein Betrieb nicht ohne Auswirkungen auf die Umwelt. Es löst massiven Spannungen auf den betroffenen Bürgern, siehe Unterschriftenliste.</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Unsere Ängste und Bedenken sind mit diesem Bebauungsgebiet der Hähnchenmaststall, Wertminderung unseres Eigentums, Gewässerschutz, Verkehr, Lärm und Geruchsbelästigung. Warum ist es nicht möglich, einen anderen Standort zu suchen, der von den Anwohnern weit entfernt liegt. Zudem liegt uns als Anwohner viel Wert auf unsere Gesundheit und Landschaftsschutz. Die zu erwartenden Feinstaub bergen gesundheitliche Risiken der Spaziergänger und Anwohner.</p>	<p>Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG, Beschluss vom 13.11.1997, 4 B 195/97) ist es hinzunehmen, wenn eine Wertminderung eines Grundstückes infolge eines rechtmäßig genehmigten Vorhabens eines Nachbarn eintritt. Wertminderungen als Folge der Ausnutzung der einem Dritten erteilten Baugenehmigung bilden für sich genommen keinen Maßstab dafür, ob Beeinträchtigungen im Sinne des Rücksichtnahmegebots zumutbar sind oder nicht. Einen allgemeinen Rechtsatz des Inhalts, dass der einzelne einen Anspruch darauf hat, vor jeglicher Wertminderung bewahrt zu werden, gibt es nicht (vgl.: Verwaltungsgericht Osnabrück, Urteil vom 05.11.2014, Az. 2 A 5/10). Auf dem Themenbereich Wasser (Grund- und Oberflächengewässer) wird im Rahmen der Erstellung des Umweltberichtes eingegangen. Grundsätzlich ist der Änderungsbereich ausreichend groß dimensioniert, dass das auf den befestigten Flächen anfallende Oberflächenwasser auch in ihm versickert oder über ein Becken gesammelt und auf den natürlichen Oberflächenwasserabfluss gedrosselt an die Vorflut abgeschlagen werden kann. Die hierfür notwendigen Anträge sind im weiteren Verfahren beizubringen. Die Oberflächengewässer wurden im Rahmen der Biotopbewertung berücksichtigt. Die Erhöhung der Verkehrsmengen wird sich der bisherigen Inanspruchnahme der K104 unterordnen. Erhebliche Zusatzbelastungen in Form von Verkehrslärm werden nicht gesehen. Erhebliche Lärmbelästigungen werden derzeit ebenfalls nicht gesehen. Diese können in den nachgelagerten Planverfahren betrachtet und durch technische Lösungen im zulässigen Rahmen, z.B. in Anlehnung an die TA Lärm, gehalten werden. Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung werden die grundsätzlichen räumlichen Entwicklungsabsichten im Stadtgebiet geregelt. Die Festlegung der Fläche zur Umsiedlung des landwirtschaftlichen Betriebes erfolgte auf der Basis städtebaulicher Kriterien im Vorfeld zur Einleitung dieser Bauleitplanung. Diese werden in den Unterlagen ergänzt und erläutert. Durch den Immissionschutztechnischen Bericht Nr. GS23144.1+2/02 (FIDES 2024) wird aufgezeigt, dass die Entwicklung eines tierhaltenden Betriebes aus geruchstechnischer Sicht grundsätzlich möglich ist. Die Konkretisierung der Planung nebst der Betrachtung weiterer Parameter wie Staub hat in den nachfolgenden Verfahrensschritten zu erfolgen. Im Zusammenhang mit dem Landschaftsschutz wird der Bauleitplanung eine Eingriffsregelung auf der Basis einer Biotoptypenkartierung zu Grunde gelegt, so dass keine erheblichen Beeinträchtigungen verbleiben.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
Wir appellieren daher, das Bauvorhaben dieser Hähnchenmaststall zu überdenken.	An der Standortplanung wird unter Berücksichtigung der vorangegangenen Ausführungen festgehalten.
<b>13. Einwender:in 13: Schreiben vom 08.05.2023</b>	
Aus inzwischen allgemein bekannten Gründen bin ich grundsätzlich gegen Massentierhaltung. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Informationen zu der neuen Hofstelle an der Dammstraße muss man davon ausgehen, dass sich das Konzept des Landwirts nicht geändert hat. Ganz im Gegenteil. Die nun inzwischen ausgewiesene, fast dreimal so große Fläche, lässt eher die Befürchtung zu, dass der Landwirt noch mehr Ställe bauen will als bisher geplant. Damit bin ich absolut nicht einverstanden.	Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt. Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung werden die grundsätzlichen räumlichen Entwicklungsabsichten im Stadtgebiet geregelt. Die Festlegung der Fläche zur Umsiedlung des landwirtschaftlichen Betriebes erfolgte auf der Basis städtebaulicher Kriterien im Vorfeld zur Einleitung dieser Bauleitplanung. Die der Flächenfindung zugrunde liegenden Kriterien werden in den Unterlagen ergänzt bzw. beschrieben. Es wird zudem ergänzt, dass im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272) auf der Gesamtfläche von 16,3 ha ein Baufeld bzw. ein für bauliche Anlagen (Gebäude) überbaubarer Bereich von ca. 7,52 ha ausgewiesen wird.
<b>14. Einwender:in 14: Schreiben vom 08.05.2023</b>	
<p>Wir wohnen in meinem Elternhaus als direkte Anwohner der zu bebauenden Fläche und möchten ihnen unsere Bedenken mitteilen.</p> <p>Der Bau eines Hähnchenmaststalles in dieser Größe an dieser Stelle sehen wir als äußerst ungeeignet. Hier in der Region bestehen bereits genügend Mastställe, das Wasser ist stark Nitrat belastet, zudem gibt es viel zu wenig Veterinäre, die die bereits bestehenden Ställe nicht mal ausreichend kontrollieren können, es kommt immer wieder zu Gesetzesverstößen (wg. Tierquälerei), die dann von anderen engagierten Organisationen aufgedeckt werden. Überall wird von mehr Tierwohl gesprochen!</p> <p>Warum nicht hier!!!</p> <p>Zudem liegt ein Naturschutzgebiet in unmittelbarer Nähe, das hohe Verkehrsaufkommen und die Keimbelastung der Luft kommt noch erschwerend dazu. Der Bokeler Kanal und die umliegenden Wege werden von vielen Anwohnern der Stadt Papenburg als Freizeitziel genutzt. Uns selber</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt.</p> <p>Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung werden die grundsätzlichen räumlichen Entwicklungsabsichten im Stadtgebiet geregelt. Die Festlegung der Fläche zur Umsiedlung des landwirtschaftlichen Betriebes erfolgte auf der Basis städtebaulicher Kriterien im Vorfeld zur Einleitung dieser Bauleitplanung. Die der Flächenfindung zugrunde liegenden Kriterien werden in den Unterlagen ergänzt bzw. beschrieben. Die Konkretisierung der Planung nebst der Festlegung der gehaltenen Tierarten und Haltungsförmlichkeiten erfolgt im Rahmen der Einzelgenehmigungen und ist nicht Bestandteil dieser Bauleitplanung</p> <p>Das am nächsten zum Änderungsbereich gelegen Naturschutzgebiet (NSG WE 00145, Nenndorfer Mörken) befindet sich ca. 200 m westlich des Änderungsbereiches außerhalb der Hauptwindrichtung. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen eines etwaigen späteren</p>

Seite 15 von 41

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
Wir bitten darum, das Bauvorhaben dieser Mastanlage noch mal zu überdenken	<p>Rücksichtnahmegebots zumutbar sind oder nicht. Einen allgemeinen Rechtssatz des Inhalts, dass der einzelne einen Anspruch darauf hat, vor jeglicher Wertminderung bewahrt zu werden, gibt es nicht (vgl.: Verwaltungsgericht Osnabrück, Urteil vom 05.11.2014, Az. 2 A 5/10).</p> <p>An der Standortplanung wird unter Berücksichtigung der vorangegangenen Ausführungen festgehalten.</p>
<b>15. Einwender:in 15: Schreiben vom 09.05.2023</b>	
<p>Ich bin gegen die geplante Hähnchenmastanlage aus folgenden Gründen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Verschandelung und Beeinträchtigung der Naherholungsgebiete Gesprengte Brücke und Emsseitenkanal</li> <li>2. Dadurch entstehende Geruchsbelästigung</li> <li>3. Überdüngung des Grundwassers, sowie Verschmutzung</li> <li>4. Überproduktion mit erhöhtem Einsatz von Antibiotika</li> <li>5. keine artgerechte Tierhaltung</li> </ol>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt.</p> <p>Die Festlegung der Fläche zur Umsiedlung des landwirtschaftlichen Betriebes erfolgte auf der Basis städtebaulicher Kriterien im Vorfeld zur Einleitung dieser Bauleitplanung. Die der Flächenfindung zugrunde liegenden Kriterien werden in den Unterlagen ergänzt bzw. beschrieben. Im Zusammenhang mit den Wirkungen auf die Landschaft wird darauf verwiesen, dass im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272) eine Eingrünung des vorgehalten wird, so dass erhebliche Auswirkungen auf die Landschaft ausgeschlossen werden können. Erhebliche Beeinträchtigungen der Erholungsnutzung lassen sich durch die Planung auf der Ebene der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht herleiten.</p> <p>Durch den Immissionsschutztechnischen Bericht Nr. GS23144.1+2/02 (FIDES 2024) wird aufgezeigt, dass die Entwicklung eines tierhaltenden Betriebes aus geruchstechnischer Sicht grundsätzlich möglich ist.</p> <p>Auf den Themenbereich Wasser (Grund- und Oberflächengewässer) wird im Rahmen der Erstellung des Umweltberichtes eingegangen.</p> <p>Der Einsatz von Antibiotika hat auf der Basis der gültigen gesetzlichen Vorgaben durch einen Veterinär zu erfolgen und ist auf dieser Basis grundsätzlich zulässig. Auf eine ordnungsgemäße Landwirtschaft wird verwiesen.</p> <p>Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland.</p>



Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
6. zu viele für die Tiere unzumutbare Transporte	Tiertransporte haben unter den gültigen gesetzlichen Vorgaben zu erfolgen und sind auf dieser Basis grundsätzlich zulässig.
<b>16. Einwender:in 16 (Christian Richter): Schreiben vom 09.05.2023</b>	
<p>Ich bin gegen die Hähnchenmastanlage aus folgenden Gründen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Verschandelung und Beeinträchtigung der Naherholungsgebiete Gesprengte Brücke und Emsseitenkanal</li> <li>2. Dadurch entstehende Geruchsbelästigung</li> <li>3. Überdüngung des Grundwassers, sowie Verschmutzung</li> <li>4. Überproduktion mit erhöhtem Einsatz von Antibiotika</li> <li>5. keine artgerechte Tierhaltung</li> <li>6. zu viele für die Tiere unzumutbare Transporte</li> </ol>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt.</p> <p>Die Festlegung der Fläche zur Umsiedlung des landwirtschaftlichen Betriebes erfolgte auf der Basis städtebaulicher Kriterien im Vorfeld zur Einleitung dieser Bauleitplanung. Die der Flächenfindung zugrunde liegenden Kriterien werden in den Unterlagen ergänzt bzw. beschrieben. Im Zusammenhang mit den Wirkungen auf die Landschaft wird darauf verwiesen, dass im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272) wird eine Eingrünung des vorgehalten wird, so dass erhebliche Auswirkungen auf die Landschaft ausgeschlossen werden können. Erhebliche Beeinträchtigungen der Erholungsnutzung lassen sich durch die Planung auf der Ebene der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht herleiten.</p> <p>Durch den Immissionsschutztechnischen Bericht Nr. GS23144.1+2/02 (FIDES 2024) wird aufgezeigt, dass die Entwicklung eines tierhaltenden Betriebes aus geruchstechnischer Sicht grundsätzlich möglich ist.</p> <p>Auf dem Themenbereich Wasser (Grund- und Oberflächengewässer) wird im Rahmen der Erstellung des Umweltberichtes eingegangen.</p> <p>Der Einsatz von Antibiotika hat auf der Basis der gültigen gesetzlichen Vorgaben durch einen Veterinär zu erfolgen und ist auf dieser Basis grundsätzlich zulässig. Auf eine ordnungsgemäße Landwirtschaft wird verwiesen.</p> <p>Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland.</p> <p>Tiertransporte haben unter den gültigen gesetzlichen Vorgaben zu erfolgen und sind auf dieser Basis grundsätzlich zulässig.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<b>17. Einwender:in 17: Schreiben „ohne Datum“ (gleichlautend zu Nr. 5, ggf. doppelt)</b>	
<p><b>Widerspruch zur Flächennutzungsplanänderung "Bolande"</b></p> <p>Am 14.03.2023 wurde in einer öffentlichen Ratssitzung über die Änderung des Flächennutzungsplanes „Bolande“ debattiert und dieser schließlich durch eine Abstimmung mit großer Mehrheit genehmigt.</p> <p>Der Landwirt, der beabsichtigt, in dem Gebiet westlich der Dammstraße einen landwirtschaftlichen Betrieb zu errichten, hat zu diesem Vorhaben mit Ausnahme einiger grober Details keine weiteren Einzelheiten zur Art und Weise dieses Betriebes bekanntgegeben. Die ursprüngliche Planung im Jahr 2019 sah eine Hähnchenmastanlage von 240.000 Tieren vor, wofür ihm eine Fläche von 5,7 ha zur Verfügung stand. Der Genehmigungsantrag wurde seinerzeit mit nur knapper Mehrheit angenommen, seitdem trat eine lange Phase der Ruhe ein.</p> <p>Jetzt ist das Vorhaben wieder auf dem Plan, die Fläche ist mit mehr als 16 ha nun nahezu dreimal so groß geworden und der Landwirt gibt an, eine Nutzungsänderung zu planen. Die einzigen Angaben, die er dazu macht, bestehen in der Schaffung einer Freifläche sowie dem Bau einer Biogasanlage.</p> <p>Angaben dieser Art dienen möglicherweise zunächst einmal dazu, bei Bürgern und Anwohnern den Eindruck zu erwecken, sich für eine ökologisch-biologische Ausrichtung seines Betriebes entschieden zu haben, gegen die nur wenig oder keine Einwände erhoben werden. Tatsächlich sagen diese Andeutungen eines neuen Konzepts aber zunächst einmal gar nichts aus. Sollte es jedoch wirklich in Richtung Bio-Betrieb gehen, dann sehe ich von Seiten des Landwirtes keine Veranlassung dazu, genauere Details zur Bewirtschaftung nicht zu nennen.</p> <p>Aus diesem Grunde gehe ich zunächst weiterhin davon aus, dass es sich um einen Betrieb mit konventioneller Massentierhaltung handeln wird und damit bin ich aus vielerlei Gründen nicht einverstanden!</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt.</p> <p>Die Größe der ausgewiesenen Sonderbaufläche berücksichtigt neben der Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes eine adäquate Betriebsentwicklung, damit dieser sich auch zukunftsfähig aufstellen kann. Es wird jedoch ergänzt, das im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272) ein Baufeld bzw. für bauliche Anlagen (Gebäude) überbaubarer Bereich von ca. 7,52 ha ausgewiesen wird. Die Genehmigungen zu den Einzelanlagen erfolgen im weiteren Verfahren. Die grundsätzliche Eignung der Fläche wird durch die dieser Bauleitplanung zugrunde liegenden Gutachten wie zu den Themenbereichen Geruch und Artenschutz herausgestellt.</p> <p>Es ist nicht vorgesehen oder Grundlage der Planung, einen „Bio-Betrieb“ zu errichten. Davon wurde auch bisher nicht gesprochen. Bei der Bauleitplanung handelt es sich um eine Angebotsplanung für die Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes.</p> <p>Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Zunächst einmal war ich bei der Ratssitzung am 14.03.2023 sehr darüber erstaunt, dass es möglich ist, ohne ein brauchbares Konzept über ein derartiges Projekt überhaupt abstimmen zu können, wurde dann aber von einem Ratsmitglied darüber belehrt, dass dies rechtlich tatsächlich möglich ist, auch wenn es mir meiner Überzeugung nach äußerst kurios und mehr als fragwürdig erscheint.</p> <p>In der Sitzung wurde in weiten Teilen die Meinung vertreten, dass die Erstellung neuer Umweltgutachten nicht erforderlich sei, da diese bereits vor Jahren erarbeitet und keine Umweltunverträglichkeiten festgestellt wurden. Das halte ich allerdings schon alleine wegen der erheblich vergrößerten Fläche für nicht akzeptabel.</p> <p><b>Massentierhaltung</b></p> <p>Die Probleme der Massentierhaltung sind seit Jahrzehnten hinlänglich bekannt, trotzdem werden immer wieder Genehmigungen für neue Anlagen erteilt und deren umweltschädigenden Einflüsse insbesondere auch von der Politik immer wieder unter den Teppich gekehrt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• multiresistente Keime</li> <li>• Geruchsbelästigung durch Ammoniakemissionen</li> </ul>	<p>Im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung ist es eher der Normalfall, dass lediglich ein Änderungsbereich sowie eine kurze Projektbeschreibung vorgelegt wird. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung werden dann ausführliche Unterlagen ausgelegt.</p> <p>Es wird ein Immissionsschutzgutachten erstellt sowie eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung vorgenommen und im weiteren Verfahren ergänzt. Zudem wird ein Umweltbericht erstellt und der Planung zugrunde gelegt. Er dient dazu, die Auswirkungen auf die Umwelt (wie Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen, Menschen und Klima) zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten, um sie anschließend in den Abwägungsprozess einfließen zu lassen.</p> <p>Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland.</p> <p>Durch diese vorbereitende Bauleitplanung wird noch kein Baurecht geschaffen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen eines etwaigen späteren Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eine umfassende immissionsschutzrechtliche Prüfung durchzuführen ist. Dies schließt eine detaillierte Bewertung von Stickstoffdeposition, Ammoniakemissionen, Bioaerosolen, Staub- und Lärmemissionen sowie ggf. weiteren relevanten Stoffeinträgen ein. Die Genehmigung ist nur zulässig, wenn die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Die möglichen Auswirkungen lassen sich durch die Tierartenwahl und mögliche technische Maßnahmen zur Immissionsminderung (Filtertechnik etc.) erst auf der Basis der konkreten Vorhabenplanung abschließend betrachten und auch nachhaltig lösen.</p> <p>Durch den Immissionsschutztechnischen Bericht Nr. GS23144.1+2/02 (FI-DES 2024) wird aufgezeigt, dass die Entwicklung eines tierhaltenden Betriebes aus geruchstechnischer Sicht grundsätzlich möglich ist. Die</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nitratanreicherung im Grundwasser durch steigende Güllebelastung</li> <li>• Medikamentenrückstände in Fleisch und Exkrementen</li> <li>• nicht artgerechte Tierhaltung (über 90 % des Fleisches kommt aus Massentierhaltung)</li> <li>• Entwertung von Haus, Grundstück und Naherholungsgebieten</li> </ul> <p>und vieles andere mehr ...</p> <p>An durchschnittlich 150 bis 160 Tagen im Jahr weht der Wind im Emsland aus westlichen Richtungen (Windrichtung - Landkreis Emsland - Klimarechner ...).</p> <p>Damit sind nicht nur die direkten Anwohner betroffen, sondern auch die Stadt Papenburg wird von Geruchsbelästigungen und multiresistenten Keimen häufig betroffen sein. An dieser Tatsache ändern auch Filteranlagen neuerer Bauart längst nicht alles. Insbesondere beim regelmäßigen Ausstallen (Masthähnchen sind nach ca. sechs Wochen schlachtreif) tritt das Problem besonders stark auf. Die Ausbringung der Gülle tut ein Übriges!</p> <p>Seit Jahrzehnten sind die Nitratwerte im Grundwasser (insbesondere in Niedersachsen) deutlich zu hoch. Noch nie ist es in Deutschland gelungen, den Grenzwert von 50 Mikrogramm je Liter Grundwasser flächendeckend einzuhalten. Seit Jahren warnt die EU mit hohen Strafen (bis zu 800.000 € pro Tag), weil Deutschland nicht handelt. Nitrat wird im menschlichen Körper in Nitrit umgewandelt und kann Krebs verursachen. Besonders</p>	<p>Konkretisierung der Planung hat in den nachfolgenden Verfahrensschritten zu erfolgen.</p> <p>Auf den Themenbereich Wasser (Grund- und Oberflächengewässer) wird im Rahmen der Erstellung des Umweltberichtes eingegangen.</p> <p>Der Einsatz von Medikamenten hat auf der Basis der gültigen gesetzlichen Vorgaben zu erfolgen und ist auf dieser Basis grundsätzlich zulässig. Auf eine ordnungsgemäße Landwirtschaft wird verwiesen.</p> <p>Siehe oben.</p> <p>Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG, Beschluss vom 13.11.1997, 4 B 195/97) ist es hinzunehmen, wenn eine Wertminderung eines Grundstückes infolge eines rechtmäßig genehmigten Vorhabens eines Nachbarn eintritt. Wertminderungen als Folge der Ausnutzung der einem Dritten erteilten Baugenehmigung bilden für sich genommen keinen Maßstab dafür, ob Beeinträchtigungen im Sinne des Rücksichtnahmegebots zumutbar sind oder nicht. Einen allgemeinen Rechtsatz des Inhalts, dass der einzelne einen Anspruch darauf hat, vor jeglicher Wertminderung bewahrt zu werden, gibt es nicht (vgl.: Verwaltungsgericht Osnabrück, Urteil vom 05.11.2014, Az. 2 A 5/10).</p> <p>Die aufgeführten Aspekte werden im Rahmen eines Immissionsschutzgutachtens berücksichtigt.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Antragstellung zum Bauvorhaben (Genehmigungsverfahren) wird das notwendige Immissionsschutzgutachten erstellt und ergänzt.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>gefährlich ist Nitrit für Säuglinge, bei denen es zu einer Unterversorgung des Blutes mit Sauerstoff kommen kann (sog. „Blausucht“).</p> <p>Der Löwenanteil des Fleisches in Deutschland kommt aus der Massentierhaltung (Haltungsform 1). Diese Art der Tierhaltung ist nicht artgerecht! Massentierhaltungsbetriebe in geringer Entfernung entwerten Wohnhäuser und Grundstücke, Gastronomiebetriebe und Naherholungsgebiete.</p> <p>Hier wäre insbesondere der Bereich des Kanals rund um die „Gesprengte Brücke“ zu nennen, der für viele Papenburger ein beliebtes Naherholungsgebiet darstellt.</p> <p>Die Fleischerzeugung in Deutschland ist seit 2022 stark rückläufig und passt sich damit in Teilen dem Verbraucherverhalten an (-8,1 %). Massentierhaltung ist gegen den Trend der Zeit, begünstigt den Klimawandel, ist ethisch nicht vertretbar und erfüllt den Tatbestand der Tierquälerei.</p> <p>Aus der Presse war vor einiger Zeit zu entnehmen, dass unsere Bürgermeisterin Frau Gattung Bäume gepflanzt hat (was ich für ein sehr löbliches Unterfangen halte!).</p> <p>Dabei frage ich mich allerdings auch: Gibt es eigentlich Ausgleichsflächen für die 16 ha Natur, die durch den neuen landwirtschaftlichen Betrieb zumindest teilweise zerstört werden, und insbesondere auch für die massive Umweltzerstörung durch die Firma Meyer (Bodenversiegelung), die ja unter dem Strich Verursacher dieser ganzen Misere ist und die Menschen von ihren Höfen vertreibt. Ist es wirklich notwendig, dass diese Firma immer weiter expandiert und in Zeiten des Klimawandels noch mehr von diesen nutzlosen Ozeanriesen baut, die die Welt nicht braucht? Es ist ja gut, dass viele Menschen aus der Region dort ihre Arbeit finden (wobei noch anzumerken sei, dass eine große Anzahl der dort Beschäftigten gar nicht aus der Region kommt), aber muss die Firma sich tatsächlich immer mehr ausbreiten, immer mehr Umwelt zerstören und gegen die Zeichen der Zeit</p>	<p>Siehe oben.</p> <p>Im Zusammenhang mit den Wirkungen auf die Landschaft wird darauf verwiesen, dass im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272) wird eine Eingrünung des vorgehalten wird, so dass erhebliche Auswirkungen auf die Landschaft ausgeschlossen werden können. Erhebliche Beeinträchtigungen der Erholungsnutzung lassen sich durch die Planung auf der Ebene der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht herleiten.</p> <p>Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation in Deutschland.</p> <p>Der vorgetragene Punkt hat keinen Bezug zur hier vorliegenden Bauleitplanung.</p> <p>Durch diese vorbereitende Bauleitplanung wird noch kein Baurecht geschaffen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen eines etwaigen späteren Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eine umfassende immissionsschutzrechtliche Prüfung durchzuführen ist. Dies schließt eine detaillierte Bewertung von Stickstoffdeposition, Ammoniakemissionen, Bioaerosolen, Staub- und Lärmemissionen sowie ggf. weiteren relevanten Stoffeinträgen ein. Die Genehmigung ist nur zulässig, wenn die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Die möglichen Auswirkungen lassen sich durch die Tierartenwahl und mögliche technische Maßnahmen zur Immissionsminderung (Filtertechnik etc.) erst auf der Basis der konkreten Vorhabenplanung abschließend betrachten und auch nachhaltig lösen. Im Rahmen der Eingriffsbilanzierung,</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>arbeiten? Haben wir hier so viele Menschen ohne Beschäftigung, dass die Region Papenburg ohne die ständigen Erweiterungen ansonsten in Armut verfällt? Und hat das Ganze irgendwann auch mal ein Ende?</p>	<p>welche Teil des Umweltberichtes ist, werden der Ist-Zustand sowie die Soll-Planung gegenübergestellt. Bei einem Defizit sind entsprechende Kompensationen zu leisten. Diese sollen weitestgehend innerhalb des Änderungsbereiches erfolgen.</p>
<b>18. Einwender:in 18 (Ute Stahmer): Schreiben vom „ohne Datum“</b>	
<p>Die Rheiderlandstraße wird nun schon zum 2. Mal seitdem ich in Aschendorf wohne, umgelegt. Ich war schon beim 1. Mal dagegen und bin es auch diesmal. Ich war auch dagegen, die Familien gegen ihren Willen aus dem Bokeler Bogen zu vertreiben, da sie gleichberechtigte BürgerInnen dieser Stadt sind und nicht weniger Rechte besitzen als eine Familie Meyer. Die Meyer-Werft wird in Papenburg als systemrelevant angesehen, weil dort viele Menschen arbeiten. Kreuzfahrtschiffe sind es aber nicht und sie im Binnenland zu bauen ist eine Schnapsidee. Dadurch, dass die Stadt Papenburg, der Landkreis, das Land und der Bund die Meyer-Werft immer wieder subventioniert haben und werden, macht man die Region, und somit auch immer mehr Menschen, immer abhängiger von ihr, obwohl ihr Geschäftsmodell sowohl der Umwelt in der Region als auch dem Klima und den Ozeanen großen Schaden zufügt.</p> <p>Das allein, wäre schon Grund genug, der erneuten Verlegung der Straße nicht zuzustimmen.</p> <p>Dass den Entscheidern bei der Stadt die wirtschaftlichen Interessen immer wichtiger sind, zeigt sich inzwischen am gesamten Stadtbild und an der Entwicklung der Stadt.</p> <p>Der Zustimmung des Verwaltungsausschusses zur Nutzungsplanänderung des Grundstückes an der Dammstraße setzt diese Angewohnheit fort, obwohl wir vorsichtiger denn je Entscheidungen, die Gesundheit, Klima und Umwelt betreffen, treffen sollten. Das muss auch der Stadtrat einer Kleinstadt wissen.</p> <p>Ich verstehe nicht, wie der Ausschuss dem zustimmen konnte, ohne jegliches Konzept vorliegen zu haben. Ausgerechnet Herrn Asi geht es lediglich darum, "dass es endlich im Bokeler Bogen weiter geht". Diese Aussage</p>	<p>Die Stellungnahme des/der Einwender:in wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt. Die einleitenden Worte beziehen sich nicht konkret auf das hier vorliegende Bauleitplanverfahren. Die Festlegung der Fläche zur Umsiedlung des landwirtschaftlichen Betriebes erfolgte auf der Basis städtebaulicher Kriterien im Vorfeld zur Einleitung dieser Bauleitplanung. Die der Flächenfindung zugrunde liegenden Kriterien werden in den Unterlagen ergänzt bzw. beschrieben.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>steht im krassen Gegensatz zu dem, was er in dem Artikel für Die Welt geschrieben hat.</p> <p>Etwaige Bedenken oder Einwände der Landwirte, AnwohnerInnen und BürgerInnen gegen die Meyer-Werft ignoriert die Stadt bzw. ignorieren meine Vertreter dort. Massentierhaltung birgt große Gefahren für die Menschen, aber auch für die Tiere selbst. Stichworte hierzu gebe ich Ihnen gerne</p> <p>Antibiotika</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Resistenzen</li> <li>• Mangel</li> <li>• Rückstände in Gewässern und Böden</li> </ul> <p>Emissionen</p> <p>Lärm- und Geruchsbelästigung</p> <p>Vogelgrippe und andere zoonotischen Viren</p> <p>Andere Tierkrankheiten durch die nicht artgerechte Haltung</p> <p>Die fast dreimal so große Fläche im Gegensatz zur vorherigen Planung und der geplante Bau einer Biogasanlage lassen darauf schließen, dass noch mehr Ställe mit noch mehr Tieren und noch größere versiegelte Flächen geplant sind. Auch dies geht gegen den Trend, dass Menschen weniger Fleisch essen, tierische Produkte immer mehr meiden. Deutschland kann sich jetzt schon zu 120 % von in Deutschland produziertem Geflügelfleisch ernähren. Es wird weniger davon gebraucht statt mehr.</p>	<p>Der Einsatz von Antibiotika hat auf der Basis der gültigen gesetzlichen Vorgaben durch einen Veterinär zu erfolgen und ist auf dieser Basis grundsätzlich zulässig. Auf eine ordnungsgemäße Landwirtschaft wird verwiesen.</p> <p>Durch den Immissionsschutztechnischen Bericht Nr. GS23144.1+2/02 (FIDES 2024) wird aufgezeigt, dass die Entwicklung eines tierhaltenden Betriebes aus geruchstechnischer Sicht grundsätzlich möglich ist. Die Konkretisierung der Planung (auch mit Blick auf die zu haltenden Tiere) erfolgt in den nachfolgenden Verfahrensschritten. Erhebliche Lärmbelästigungen werden derzeit ebenfalls nicht gesehen. Diese können in den nachgelagerten Planverfahren betrachtet und durch technische Lösungen im zulässigen Rahmen, z.B. in Anlehnung an die TA Lärm, gehalten werden</p> <p>Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Sonderbaufläche größer als die Ursprungsplanungen ist, das im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272) auf der Gesamtfläche von 16,3 ha aber nur ein Baufeld bzw. ein für bauliche Anlagen (Gebäude) überbaubarer Bereich von ca. 7,52 ha festgesetzt wird. Der „nicht überbaubare Bereich“ dient als mögliche Auslaufbereiche, Weide oder einer anderen ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Flächennutzung oder der Erschließung des Bereiches.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Niedersachsen ist das Land der roten Gebiete. Die Landwirtschaft, Verkehr und Industrie belasten unser Trinkwasser, dass durch den Klimawandel immer knapper wird. Trinkwasser muss dadurch mit immer höheren Kosten wieder aufbereitet werden und auch dadurch wird es immer teurer. Aus diesem Grunde wird auf Autobahnen in den Niederlanden nur noch 100 km/h gefahren. Völlig unbegreiflich, dass diese Argumente auch Frau Engeln nicht davon abgehalten haben, für die Nutzungsplanänderung zu stimmen. Wo schaffen die Stadt Papenburg, die Familie Meyer und der Landwirt einen Ausgleich für das, was sie der Natur abnötigen und den BürgerInnen an Lebensqualität nehmen? Wer hat sowohl für das Land, die neue Straße und die Rückbauten im Bokeler Bogen als auch für die 16 ha an der Dammstraße bezahlt? Wer gleicht den Werteverlust für die AnwohnerInnen aus?</p> <p>Seit der vorherigen Nutzungsplanänderung im Jahre 2019 sind fast 4 Jahre vergangen. Außer dem Logistikzentrum, einem Parkplatz, auf dem nie mehr als 10 Autos parken und einer Fußgängerbrücke ist im Bokeler Bogen noch nichts gebaut worden. Auch die Straße wurde noch nicht umgelegt. Unter anderem, deshalb erschließt es sich mir nicht, warum das so dringend Benötigte noch nicht da ist.</p> <p>Hätten das Land Niedersachsen und der Staat die Meyer-Werft während der Coronapandemie nicht erneut subventioniert, wäre sie nun verdienstermaßen pleite und die gesamte Planung zum Bokeler Bogen wäre damit hinfällig.</p> <p>Da es nun aber von der Politik so beschlossen wurde, fordere ich Sie hiermit auf eine genaue, <b>erneute</b> Überprüfung der Planung und Analyse zu den Emissionen, dem Natur- bzw. Umweltschutz, dem Trinkwasser sowie Geruchs- und Lärmbelästigung in Auftrag zu geben bzw. vom Bauherren einzufordern, sobald ein finales Konzept des Landwirts vorliegt, da hier eine gänzlich andere Ausgangslage vorliegt als 2019.</p>	<p>Wie bereits vorangestellt, handelt es sich bei dieser Planung um die planungsrechtliche Begleitung der Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes. Die Eingriffsbilanzierung wird im Rahmen des Umweltberichtes vorgenommen. Dort werden zudem die entsprechenden Kompensationsmaßnahmen aufgeführt. Diese sollen weitestgehend innerhalb des Änderungsbereiches vorgenommen werden.</p> <p>Die Ausführungen beziehen sich nicht auf die hier vorliegenden 112. Änderung des Flächennutzungsplanes.</p> <p>Die Ausführungen beziehen sich nicht auf die hier vorliegenden 112. Änderung des Flächennutzungsplanes.</p> <p>Im weiteren Verfahren wird den Unterlagen ein Umweltbericht beigelegt, der die vorgetragenen Punkte mit Blick auf die angestrebte Planung betrachtet. Durch den Immissionsschutztechnischen Bericht Nr. GS23144.1+2/02 (FIDES 2024) wird aufgezeigt, dass die Entwicklung eines tierhaltenden Betriebes aus geruchstechnischer Sicht grundsätzlich möglich ist. Die Konkretisierung der Planung (auch mit Blick auf die zu haltenden Tiere) erfolgt in den nachfolgenden Verfahrensschritten. Die Erhöhung der Verkehrsmengen wird sich der bisherigen Inanspruchnahme der K104 unterordnen. Erhebliche Zusatzbelastungen werden nicht gesehen.</p>



Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Ich würde mich sehr freuen auf meine Fragen eine Antwort zu erhalten und auch, wenn der oder die andere Ratsherr oder Ratsfrau mir ihren Standpunkt erklären würde.</p> <p>Auch möchte ich Sie bitten, sich einmal Gedanken darüber zu machen, wie Sie die Gefahren, denen wir durch den Klimawandel ausgesetzt sind in Zukunft begegnen wollen, indem Sie handeln wie bisher und was Ihre jetzige Entscheidung, die Sie als Politiker:In nicht für sich persönlich zu treffen haben, für die nachfolgenden Generationen bedeutet.</p>	<p>Auf die vorangestellten Ausführungen wird verwiesen.</p>
<b>19. Papenburger Bürgerinitiative für artgerechte Tierhaltung und aufbauende Landwirtschaft e.V.: Schreiben vom 08.05.2023</b>	
<p>Mit diesem Schreiben nehmen wir als Vorstand der oben genannten „BI für artgerechte Tierhaltung“ Stellung zur geplanten 112. Flächennutzungsplanänderung Bolande, westlich Dammstraße.</p> <p>Obwohl der Ausschuss für Stadtentwicklung über keinerlei Informationen verfügt, welches Konzept der Landwirt an seinem neuen Standort verfolgt, hat der Ausschuss der Nutzungsplanänderung mit nur einer Gegenstimme dafür gestimmt. Das ist für uns nicht nachvollziehbar. Nur weil in dem Konzept eine Freifläche ausgewiesen ist, heißt das nicht, dass keine Massentierhaltung erfolgen wird. Ein Indiz dafür, dass es vielleicht sogar noch mehr 240.000 Tiere werden, ist die geplante Biogasanlage.</p> <p>Da sich die Stadt von den Bedenken der Anwohnerinnen und Bürgerinnen bisher unbeeindruckt zeigt, muss man jegliche Planung des Landwirtes ablehnen, solange kein zu beurteilendes Konzept vorliegt. Weil der Ausschuss der Nutzungsplanänderung jedoch zugestimmt hat, erwarten wir, dass sämtliche Gutachten für diese Hofstelle auf der Grundlage der neuen Planung erneut in Auftrag gegeben werden. Die gesundheitsgefährdenden Folgen der Massentierhaltung auf Mensch und Natur sind hinreichend bekannt und werden im niedersächsischen Naturgesetz berücksichtigt.</p> <p>Unser Verein setzt sich satzungsgemäß für eine artgerechte Tierhaltung ein. Deshalb behalten wir uns vor, aufgrund der zu erwartenden naturschutz- und verfahrensrechtlichen Beanstandungen auf dem Klageweg gegen eine Genehmigung des Projektes vorzugehen. Eine Beratung hierzu</p>	<p>Die Stellungnahme der Papenburger Bürgerinitiative für artgerechte Tierhaltung und aufbauende Landwirtschaft e.V. und wie folgt berücksichtigt.</p> <p>Es handelt sich um eine Angebotsplanung mit einem im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung festzulegenden Gestaltungsumfang. Die Festlegung der Fläche erfolgte auf der Basis städtebaulicher Kriterien im Vorfeld zur Einleitung dieser Bauleitplanung. Diese werden in den Unterlagen ergänzt. Solange die Nachfrage nach günstigem Fleisch gegeben ist, sind auch Mastställe Bestandteil der Versorgungssituation und Teil einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft in Deutschland. Durch den Immissionschutztechnischen Bericht Nr. GS23144.1+2/02 (FIDES 2024) wird aufgezeigt, dass die Entwicklung eines tierhaltenden Betriebes aus geruchstechnischer Sicht grundsätzlich möglich ist. Die Konkretisierung der Planung (auch mit Blick auf die zu haltenden Tiere) erfolgt in den nachfolgenden Verfahrensschritten. Die Eingriffsbilanzierung wird im Rahmen des Umweltberichtes vorgenommen. Dort werden zudem die entsprechenden Kompensationsmaßnahmen aufgeführt. Diese sollen weitestgehend innerhalb des Änderungsbereiches vorgenommen werden.</p> <p>Der vorgetragene Punkt wird zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>hat mit einem Fachjuristen aus Berlin, der sich bereits in mehreren Protesten erfolgreich bewährt hat, stattgefunden.</p> <p>Darüber hinaus erwarten wir auch von der Stadt Papenburg, dass sie sich an der Bekämpfung des Klimawandels engagiert beteiligt und alles, was den Klimawandel beschleunigt, unterbindet.</p> <p>Bitte teilen Sie uns mit, wann und in welcher Form unsere Stellungnahme beantwortet wird.</p>	<p>Im Zusammenhang mit dem Themenkomplex Klimaschutz wird auf das „Klimaschutz- und Energiekonzept 2030“ der Stadt Papenburg verwiesen.</p> <p>Die Stellungnahme wird analog zu den weiteren privaten Stellungnahmen in den Abwägungsprozess eingestellt.</p>
<b>20. NABU Emsland / Grafschaft Bentheim: Schreiben vom 04.05.2023</b>	
<p>In den beiden oben genannten Verfahren gibt der NABU-Regionalverband Emsland / Grafschaft Bentheim e.V. sowohl im eigenen Namen als auch im Namen des NABU-Landesverbandes Niedersachsen folgende Stellungnahme ab.</p> <p>Der NABU-Regionalverband wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden Gerhard Busmann. Der NABU-Landesverband Niedersachsen wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Holger Buschmann.</p> <p>Bezüglich der ausgelegten Planungsunterlagen stellt der NABU folgende Mängel fest und gibt folgende Hinweise:</p> <p><b>1. Völlig unzureichende Vorhabenbeschreibung</b></p> <p>Die ausgelegten Unterlagen beinhalten nur kartographische Darstellungen in Form eines B-Plan-Entwurfs, eines Gestaltungsplans und Übersichtsplänen und ein Luftbild mit der Abgrenzung des Geltungsbereichs. Eine genauere textliche Beschreibung des Vorhabens fehlt jedoch. Deshalb ist völlig unklar, welche Form der Tierhaltung in dem Sondergebiet ermöglicht werden soll. Weder ist die Tierart genannt, noch ist die geplante Zahl der Tierplätze angegeben.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt:</p> <p><b>Zu 1.</b></p> <p>Die ausgelegten Unterlagen entsprechen vollkommen der rechtlichen Norm und sind für die Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung ausreichend.</p> <p>Durch diese vorbereitende Bauleitplanung wird noch kein Baurecht geschaffen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen eines etwaigen späteren Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eine umfassende immissionsschutzrechtliche Prüfung durchzuführen ist. Dies schließt eine detaillierte Bewertung von Stickstoffdeposition, Ammoniakemissionen, Bioaerosolen, Staub- und Lärmemissionen sowie ggf. weiteren relevanten Stoffeinträgen ein. Die Genehmigung ist nur zulässig, wenn die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Die möglichen Auswirkungen lassen sich durch die Tierartenwahl und</p>

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Ebenfalls fehlt eine Beschreibung der Anzahl und Ausmaße der Stallgebäude sowie genauere Angaben zu weiteren geplanten landwirtschaftlichen Gebäuden (Maschinenhallen, Abluftfilteranlagen, Kotlagerhallen, Güllebehälter, Futtersilos etc.). Insgesamt umfasst das Plangebiet eine ungefähre Größe von über 16 ha, wovon etwa 1 ha für eine Bebauung (Tierhaltung, landwirtschaftliche Gebäude und Wohngebäude Betriebsleiter und Altenteiler) vorgesehen sind. Aufgrund der fehlenden Vorhabenbeschreibung ist eine angemessene Beurteilung der Auswirkungen auf Menschen, Natur und Landschaft nicht möglich. So kann beispielsweise in keiner Weise abgeschätzt werden, mit welchen Geruchs- und Lärmbelastungen die umliegenden Anwohner zu rechnen haben. Auch ist die Belastung der stickstoffempfindlichen Lebensräume (v.a. des nur ca. 300 m entfernten Naturschutzgebietes „Nenndorfer Mörken“ und der im und am Vorhabengebiet liegenden Gehölzbestände) nicht absehbar. Auch die Auswirkungen auf Biotope, Arten und Böden im Plangebiet selbst können nicht beurteilt werden.</p> <p><b>2. NABU lehnt Tierhaltung der angedeuteten Größe ab</b> Da genauere Angaben zum Vorhaben fehlen, weist der NABU hilfsweise bereits jetzt darauf hin, dass der NABU eine Tierhaltung, die den gesamten im Gestaltungsplan rot markierten Bereich für die Stallanlagen und weiteren [landwirtschaftlichen Gebäude benötigt, ablehnt. Die zu erwartenden Beeinträchtigungen von Menschen und Natur wären bei weitem zu groß.</p> <p><b>3. Immissionsschutzrechtliches Gutachten erforderlich</b> Aus Sicht des NABU ist die Erstellung eines immissionsschutzrechtlichen Gutachtens, das die Belastungen auf Menschen und Natur im Hinblick auf Lärm, Geruch, Staub, Bioaerosole, Zusatzbelastung an Ammoniakkonzentration und Stickstoffdeposition untersucht, zwingend erforderlich. Insbesondere im Hinblick auf zu erwartende Stickstoffbelastungen des NSG</p>	<p>mögliche technische Maßnahmen zur Immissionsminderung (Filtertechnik etc.) erst auf der Basis der konkreten Vorhabenplanung abschließend betrachten und auch nachhaltig lösen. Im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung (hier die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272, Parallelverfahren) handelt sich um einen Angebotsbebauungsplan.</p> <p>Ein vorhabenbezogener Bebauungsplan unterscheidet sich vom Angebotsbebauungsplan in verschiedenen Punkten. Dies liegt hauptsächlich in der Tatsache begründet, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan die Verwirklichung eines konkreten Bauvorhabens eines einzelnen Investors ermöglicht und demgegenüber der angebotsorientierte Bebauungsplan für jedermann gilt. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan kann deutlich detailliertere Festsetzungen enthalten als ein Angebotsbebauungsplan. Es wurde jedoch bereits ein Immissionsschutzgutachten zum Themenbereich Geruch erstellt und maximale Tierzahlen je Art berechnet. Die notwendigen Grenzwerte werden an allen umliegenden evtl. betroffenen Standorten eingehalten. Die Tierzahlen müssen erst zum Bauantrag gestellt werden und dann mit den maximalen Tierzahlen aus dem Geruchsgutachten verglichen werden. Dafür wird eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung mit entsprechenden Erfassungen sowie eine Biotoptypenkartierung vorgenommen.</p> <p><b>Zu 2.</b> Dies wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen des Immissionsschutzgutachtens und der saP werden die rechtlichen Vorgaben eingehalten, sodass eine Zulässigkeit grundsätzlich nicht ausgeschlossen ist.</p> <p><b>Zu 3.</b> Dies wird im Rahmen eines Immissionsschutzgutachtens berücksichtigt.</p>

Seite 28 von 41

Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p><b>5. Hinweise zur Eingriffsregelung</b></p> <p>Die Abarbeitung der Eingriffsregelung muss in dem noch zu erstellenden Umweltbericht erfolgen. Aufgrund des sehr großen überbaubaren Bereichs erscheint es keinesfalls möglich, dass die notwendige Kompensation innerhalb des Geltungsbereichs erbracht werden kann. Die externe Kompensation sollte gezielt darauf ausgerichtet werden, einen funktionellen Ausgleich für die betroffenen Schutzgüter zu erzielen. Zudem sollte die Kompensation möglichst auf einer einzigen Fläche im räumlichen Umfeld und nicht auf mehreren kleinen Flächen in weiter Entfernung erfolgen.</p> <p>Sofern im Rahmen der Kartierungen die Nutzung des Raumes durch Offenlandarten nachgewiesen wird, ist in jedem Fall auf eine komplette Eingrünungspflanzung der Stallanlagen zu verzichten.</p> <p>Gehölzpflanzungen wären höchstens am Nord- und Ostrand des Gebietes denkbar. Eingrünungspflanzungen entfalten aufgrund ihrer Kulissenwirkung eine eigene Störwirkung für die Offenlandarten und führen dadurch zu weiteren Lebensraumverlusten. Dies muss ggf. ebenfalls durch entsprechende CEF-Maßnahmen ausgeglichen werden.</p>	<p><b>Zu 5.</b></p> <p>Die Eingriffsbilanzierung wird im Rahmen des Umweltberichtes vorgenommen. Dort werden zudem die entsprechenden Kompensationsmaßnahmen aufgeführt. Diese sollen weitestgehend innerhalb des Änderungsbereiches vorgenommen werden.</p>

Mit Schreiben vom 20.04.2023 hat die Stadt Papenburg die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB von der obigen Planung unterrichtet und um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben weder Anregungen noch Bedenken vorgebracht:

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Behörde / sonstiger Träger öffentlicher Belange</b>	<b>Stellungnahme vom</b>
1.	Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg	09.05.2023
2.	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV)	09.05.2023
3.	TenneT TSO GmbH	24.04.2023
4.	Avacon Netz GmbH / Avacon Wasser GmbH / WEVG GmbH & Co KG.	24.04.2023
5.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	24.04.2023
6.	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH	04.05.2023

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben Anregungen vorgebracht:

<b>Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB</b>	<b>Abwägung</b>
<b>1. Landkreis Emsland: Schreiben vom 08.05.2023</b>	
<p>Zum Entwurf der o.g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p><b><u>Raumordnung</u></b> Der Planbereich wird nach dem Regionalen Raumordnungsprogramm 2010 des Landkreises Emsland (RROP 2010) von einem Vorranggebiet Rohrfernleitung (Gas) gequert.</p> <p>Im Rahmen der Bauleitplanung ist sicherzustellen, dass das Vorranggebiet Rohrfernleitung (Gas) die ihm zugedachte Funktion weiterhin uneingeschränkt wahrnehmen kann.</p> <p><b><u>Städtebau</u></b> Die Gemeinden haben die Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist (§ 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)).</p>	<p>Die Stellungnahme des Landkreises Emsland wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p><b><u>Raumordnung</u></b></p> <p>Im Rahmen der Bauleitplanung wird sichergestellt, dass das Vorranggebiet Rohrfernleitung (Gas) auch weiterhin seine ihm zugedachte Funktion wahrnehmen kann. Hierzu wird der Verlauf nachrichtlich nebst einem beidseitigen Schutzstreifen von jeweils 20,0 m nachrichtlich im Planteil als unterirdische Leitung aufgenommen.</p> <p><b><u>Städtebau</u></b> Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Das BVerwG hat hierzu bereits sehr früh festgestellt, dass Bauleitpläne erforderlich sind i.S.d. § 1 Abs. 3 BauGB, soweit sie nach der planerischen Konzeption der Gemeinde erforderlich sind (BVerwG, Urt. v. 07.05.1971 - 4 C 76.68).</p> <p>Diese schlüssige planerische Konzeption ist mit Standortbegründung nachvollziehbar in der Begründung zum Bauleitplan zu dokumentieren. Ausschließlich städtebauliche Gründe (§ 1 Abs. 6 BauGB) rechtfertigen eine Bauleitplanung.</p> <p>Als planerische Konzeption ist z.B. der gesamte bisherige Flächennutzungsplan zu sehen mit den dort dargestellten Standorten der einzelnen Nutzungen. Im Sinne einer geordneten städtebaulichen Entwicklung sind Bebauungspotentiale zunächst im Bereich dieser Standorte auszuschöpfen (siehe auch § 1 a BauGB). Solange das möglich ist, kann völlig neuen Standorten nur in besonders begründeten Einzelfällen unter Zugrundelegung eines neuen schlüssigen, nachvollziehbaren, gesamträumlichen Plankonzeptes zugestimmt werden. Eine Zersiedlung der Landschaft ist zu vermeiden.</p>	<p>Der geplante Standort für den landwirtschaftlichen Hof lässt sich nicht nur durch praktische und wirtschaftliche Gründe, sondern auch aus städtebaulicher Sicht gemäß § 1 Abs. 6 BauGB (Baugesetzbuch) überzeugend rechtfertigen.</p> <p>Im vorliegenden Fall entspricht die ausgewählte Fläche den städtebaulichen Zielen, da sie sowohl aus ökologischer Sicht als auch hinsichtlich ihrer Einbindung in das bestehende ländliche Gefüge Vorteile bietet. Die Fläche befindet sich in einem Gebiet, das die nachhaltige Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Infrastruktur unterstützt, ohne die umliegenden Siedlungsstrukturen übermäßig zu belasten. Ihre Nähe zu bereits erschlossenen ländlichen Gebieten erleichtert zudem die Anbindung an die vorhandene Infrastruktur, was im Sinne des § 1 Abs. 6 BauGB, der die wirtschaftliche Erschließung von Flächen fordert, einen klaren Vorteil darstellt.</p> <p>Die Wahl dieser Fläche fördert zudem ein ausgewogenes Verhältnis zwischen landwirtschaftlich genutzten und unbebauten Flächen, was zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere nach § 1 Abs. 6 BauGB, beiträgt. Das Vorhaben unterstützt eine nachhaltige Nutzung von Flächen, indem unnötige Eingriffe in andere naturnahe oder städtebaulich sensible Bereiche vermieden werden, die stärker in das ökologische Gleichgewicht eingreifen würden.</p> <p>In diesem Zusammenhang kommt den Geruchsimmissionen gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB eine besondere Bedeutung zu. Der Standort bietet die Möglichkeit, die Wohnnutzung wirksam vor den landwirtschaftlichen Gerüchen zu schützen, wodurch der Erhalt und die Förderung der landwirtschaftlichen Nutzung gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 8b BauGB unterstützt werden. Dies trägt langfristig zur Bewahrung der dörflichen Strukturen bei und ermöglicht ein geordnetes Nebeneinander von Wohnbebauung und Landwirtschaft.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p><b><u>Naturschutz und Forsten</u></b>  <b><u>Naturschutzfachliche Belange:</u></b>  Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 272 "Bolande, westlich Dammstraße" grenzt im Westen unmittelbar an das Landschaftsschutzgebiet "Emstal". Westlich des Plangebietes liegt in einer Entfernung von ca. 175 m das Naturschutzgebiet "Nenndorfer Mörken". Die jeweiligen Schutzgebietsverordnungen, hier insbesondere der Schutzzweck und die in den Schutzgebietsverordnungen verankerten Verbote sind zu beachten.</p> <p>Da die Bauleitplanung die Aus- bzw. Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes zum Inhalt hat und der Betrieb lt. vorliegenden Planunterlagen auf die Tierhaltung ausgerichtet ist (Legehennen), wird darauf hingewiesen, dass in dem Schutzgebiet die Grenzwerte der zulässigen Zusatzbelastung an Stickstoffeinträgen aus der Luft einzuhalten sind, soweit FFH-relevante Lebensraumtypen vorkommen und eine Betroffenheit FFH-relevanter Lebensraumtypen (Critical Load) gegeben ist. Entsprechende</p>	<p>Die betroffene Fläche weist bereits eine intensive landwirtschaftliche Vorprägung auf, etwa durch Maßnahmen wie Tiefpflügen, Drainage und regelmäßige Bodenbearbeitung. Diese Vorbelastung erleichtert die Errichtung eines landwirtschaftlichen Betriebes, ohne das Landschaftsbild wesentlich zu verändern. Diese Vorgehensweise entspricht auch den Grundsätzen des § 1a BauGB, der eine sparsame und schonende Nutzung von Grund und Boden fordert.</p> <p>Insgesamt ist der geplante landwirtschaftliche Hof nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus städtebaulicher Sicht sinnvoll und entspricht den Zielen des § 1 Abs. 6 BauGB, indem er eine ressourcenschonende, nachhaltige und langfristig tragfähige Entwicklung des ländlichen Raums ermöglicht.</p> <p><b><u>Naturschutz und Forsten</u></b>  <b><u>Naturschutzfachliche Belange</u></b>  Durch diese vorbereitende Bauleitplanung wird noch kein Baurecht geschaffen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen eines etwaigen späteren Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eine umfassende immissionsschutzrechtliche Prüfung durchzuführen ist. Dies schließt eine detaillierte Bewertung von Stickstoffdeposition, Ammoniakemissionen, Bioaerosolen, Staub- und Lärmemissionen sowie ggf. weiteren relevanten Stoffeinträgen ein. Die Genehmigung ist nur zulässig, wenn die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Die möglichen Auswirkungen lassen sich durch die Tierartenwahl und mögliche technische Maßnahmen zur Immissionsminderung (Filtertechnik etc.) erst auf der Basis der konkreten Vorhabenplanung abschließend betrachten und auch nachhaltig lösen.</p> <p>Siehe oben.</p> <p>Es wird nicht zwingend eine Legehennenhaltung ermöglicht. Im Rahmen des Immissionsschutzgutachten und der sich daraus ergebenden Grenzwerte, sind unterschiedliche Optionen möglich.</p>



Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Nachweise sind zu erbringen.</p> <p>Unmittelbar westlich des Plangebietes und unmittelbar nördlich der Waldfläche liegt zudem eine Kompensationsfläche nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG). Die auf der Fläche umgesetzte Kompensationsmaßnahme hat eine Ersatzaufforstung zum Inhalt. Die Kompensationsfläche ist einer Bauleitplanung (B-Plan) fest zugeordnet. Die Fläche ist zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten.</p> <p>Im Sinne des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes nach § 13 BNatSchG gilt es vorrangig, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden. Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend. Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um zum einen vorhandene Gebiete, Bereiche oder Biotope, die einem gesetzlichen Schutz nach dem BNatSchG unterliegen und zum anderen vorhandene Grünstrukturen wie Waldflächen, Baumreihen oder Baumgruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten.</p> <p>Für die o.g. Bauleitplanung ist eine Umweltplanung durchzuführen. Die entsprechenden Daten, Erhebungen und Kartierungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und unmittelbar an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten. Aus einer zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung, die sich aus der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG ergibt, sind die Art, die Lage und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen abzuleiten und konkret sowie detailliert (Plan und Text) darzustellen. Die Kompensationsmaßnahmen haben sich dabei an der Beeinträchtigung und Zerstörung der vorhandenen Biotoptypen zu orientieren.</p>	<p>Diese Flächen liegen nicht innerhalb des Änderungsbereiches und sind dementsprechend nicht von möglichen Überplanungen betroffen.</p> <p>Es werden Vermeidungsmaßnahmen und bei Bedarf Ausgleichsmaßnahmen mit in die Unterlagen übernommen.</p> <p>Anstehende Gehölzstrukturen innerhalb des Geltungsbereiches bleiben soweit möglich und sinnvoll erhalten und können zudem im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung festgesetzt werden.</p> <p>Die aufgeführten Aspekte sind Teil des Umweltberichts und finden im weiteren Verfahren ausführlich Berücksichtigung.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p><u>Artenschutzrechtliche Belange:</u> Da eine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG durch die Bauleitplanung nicht ausgeschlossen werden kann, ist nachzuweisen, dass Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbote nicht eintreten. Hierfür ist eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) erforderlich. Dabei sind Datengrundlagen zu verwenden, die belastbar und nicht älter als fünf Jahre sind und die das zu erwartende Artenspektrum hinsichtlich Erfassungstiefe und -Zeitraum ausreichend abbilden. Dies gilt insbesondere für die Tiergruppen der Fledermäuse und der Brutvögel.</p> <p>Artenschutzrechtliche Gutachten/Prüfungen, die bereits für andere Vorhaben im gleichen Untersuchungsgebiet/Untersuchungsraum erstellt wurden und die o.g. Voraussetzungen erfüllen, können für die Bauleitplanung herangezogen werden.</p> <p>Zum Alter des(r) vorliegenden Gutachten(s), zum Umfang (Untersuchungsgebiet) des(r) Gutachten(s) und zu den bereits untersuchten und noch zu untersuchenden Tiergruppen ist eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zu suchen.</p> <p><u>Forstfachliche Belange:</u> Unmittelbar westlich des Plangebietes erstreckt sich ein Gehölzbestand, der als Wald im Sinne des Niedersächs. Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (WaldLG) anzusprechen ist. Weitere Waldflächen sind im Süden des Plangebietes anzutreffen. Die Waldflächen sind zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten.</p>	<p>Es wird eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung vorgenommen und dabei Erfassungsgrundlagen verwendet, welche nicht älter als 5 Jahre sind.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen und ggf. Kontakt zu der UNB aufgenommen.</p> <p>Die Flächen liegen außerhalb des Änderungsgebietes und unterliegen dementsprechend nicht dem vorliegenden Bauvorhaben und dazugehörigen Änderungen der Fläche. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen eines etwaigen späteren Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eine umfassende immissionsschutzrechtliche Prüfung durchzuführen ist. Dies schließt eine detaillierte Bewertung von Stickstoffdeposition, Ammoniakemissionen, Bioaerosolen, Staub- und Lärmemissionen sowie ggf. weiteren relevanten Stoffeinträgen ein. Die Genehmigung ist nur zulässig, wenn die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Die möglichen Auswirkungen lassen sich durch die Tierartenwahl und mögliche technische Maßnahmen zur Immissionsminderung (Filtertechnik etc.) erst auf der Basis der konkreten Vorhabenplanung abschließend betrachten und auch nachhaltig lösen. Eine entsprechende saP wird ebenfalls vorgenommen.</p>

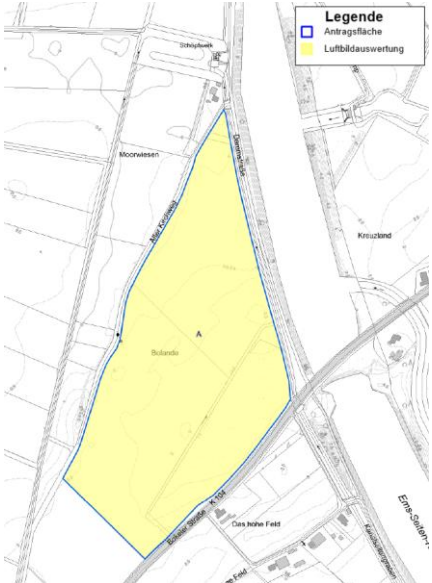
Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Da die Bauleitplanung die Aus- bzw. Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes zum Inhalt hat und der Betrieb lt. vorliegenden Planunterlagen auf die Tierhaltung ausgerichtet ist (z.B. Legehennen o. Milchkühe), wird darauf hingewiesen, dass die Waldflächen nicht mit mehr als 5 kg N/ha/a bzw. 3 µg/m<sup>3</sup> Ammoniak zusätzlich belastet werden dürfen. Entsprechende Nachweise sind zu erbringen.</p> <p><b><u>Straßenbau</u></b></p> <p>Das Baugrundstück befindet sich an freier Strecke an der Kreisstraße 104 von Aschendorf nach Papenburg bei km 2,840 - 3,190 - Nord-Westseite. Gegen die vorgenannte Bauleitplanung gemäß Zeichnung und Beschreibung bestehen aus straßen- und verkehrsrechtlicher Hinsicht keine Bedenken, wenn folgende Auflagen und Hinweise in der Bauleitung aufgenommen und beachtet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Entlang der Kreisstraße 104 ist die Bauverbotszone mit 20 m Tiefe vom Fahrbahnrand von jeglichen baulichen Anlagen freizuhalten.</li> <li>• Es darf keine unmittelbare Erschließung zur K104 angelegt werden.</li> <li>• Die Erschließung hat ausschließlich über die Stadtstraße "Dammstraße" zu erfolgen. Da der vorhandene Ausbauzustand für die Aufnahme zusätzlichen Verkehrs an dieser Stelle unzureichend ausgebaut ist, hat die Stadt Papenburg mit dem Fachbereich Straßenbau beim Landkreis Emsland eine Kreuzungsvereinbarung über den Ausbau der Stadtstraße "Dammstraße" im Nahbereich der Kreisstraße 104 abzuschließen, um den Einmündungsbereich auszubauen.</li> <li>• Von der Kreisstraße 104 können Emissionen eingetragen werden. Gegen den Straßenbaulastträger können keine Ansprüche aufgrund dieser Tatsache geltend gemacht werden.</li> <li>• Der Fachbereich Straßenbau beim Landkreis Emsland ist am erforderlichen Baugenehmigungsverfahren zu beteiligen.</li> </ul> <p><b><u>Brandschutz</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Für sämtliche geplanten Maßnahmen ist die Löschwasserversorgung gemäß Arbeitsblatt W 405 zu beachten.</li> <li>• Die Gebäude auf dem Grundstück sind so zu errichten, dass sämtliche erste und zweite Rettungswege sichergestellt sind.</li> </ul>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen. Auf die vorangestellten Ausführungen wird verwiesen.</p> <p><b><u>Straßenbau</u></b></p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt sowie in die Unterlagen übernommen.</p> <p>Es wird eine entsprechende Bauverbotszone in die Planzeichnung aufgenommen. Es wird ein Zu- und Abfahrtsverbot aufgenommen. Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Dies wird berücksichtigt. Es werden keine Ansprüche gegenüber dem Straßenbaulastträger gestellt.</p> <p>Der Fachbereich Straßenbau wird am Genehmigungsverfahren beteiligt.</p> <p><b><u>Brandschutz</u></b></p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt sowie in die Unterlagen übernommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Vorgaben der §§ 1 und 2 der Allgemeinen Durchführungsverordnung zur Niedersächsischen Bauordnung (DVO-NBauO) sind zu beachten und umzusetzen.</li> <li>Der Abstand der einzelnen Hydranten von den Gebäuden darf 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydranten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit dem zuständigen Brandschutzprüfer festzulegen. Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.</li> </ul>	
<b>2. Unterhaltsverband 104 „Ems IV“: Schreiben vom 05.05.2023</b>	
<p>Zu dem o.a. Bebauungsplan Nr. 272 bestehen seitens des Verbandes keine grundsätzlichen Bedenken, wenn folgende Auflage und Bedingung eingehalten wird:</p> <p>1. Der UV 104 „Ems IV“ ist frühzeitig am wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Um Übersendung einer Durchschrift des Beschlussvorschlages wird gebeten.</p>	<p>Die Stellungnahme des Unterhaltsverbandes 104 „Ems IV“ wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Der UV 104 „Ems IV“ wird frühzeitig durch den Vorhabenträger am wasserrechtlichen Verfahren beteiligt.</p>
<b>3. EWE Netz GmbH: Schreiben vom 26.04.2023</b>	
<p>Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p> <p>Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.</p> <p>Das Erdgashochdrucknetz kann durch Näherung Ihrer Baumaßnahme beeinflusst werden. Hierfür setzen Sie sich bitte per E-Mail mit unserer zuständigen Fachabteilung:</p>	<p>Die Stellungnahme der EWE Netz GmbH wird zur Kenntnis genommen und entsprechende Hinweise in die Begründung übernommen oder sind bereits Teil der Begründung.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt sowie in die Unterlagen übernommen.</p> <p>Es wird ein Sicherheitsabstand von 20 m berücksichtigt, der im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanung festgesetzt werden kann.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>NCENetztechnikGWPostfach@ewe-netz.de in Verbindung.</p> <p>Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o. Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6 m x 4 m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o.ä.) verzichtet werden soll.</p> <p>Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.</p> <p>Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.</p>	<p>Es wird bei Bedarf die Zulässigkeit einer Trafostation berücksichtigt. Die EWE Netz GmbH wird dann frühzeitig eingebunden.</p> <p>In einem solchen Fall wird die EWE Netz GmbH ausreichend früh informiert.</p> <p>Dies wird berücksichtigt. Der Vorhabenträger übernimmt, wenn nicht anders vertraglich geregelt, die vollständigen Kosten.</p> <p>Die EWE Netz GmbH wird auch im weiteren Verfahren beteiligt.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<b>4. Landwirtschaftskammer Niedersachsen: Schreiben vom 08.05.2023</b>	
<p>Die Stadt Papenburg plant die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 272 „Bolande, westlich Dammstraße“. Planungsziel ist einen im Bokeler Bogen ansässigen Landwirt in dem Plangebiet anzusiedeln. Es sollen eine Betriebsleiterwohnung, eine Altenteiler-Wohnung, Tierhaltungsanlagen mit Freilaufauslauffläche sowie eine Biogasanlage errichtet werden.</p> <p>Nach den Planunterlagen ist das Sondergebiet in einen bebaubaren Bereich (Tierhaltung &amp; landw. Gebäude, Wohnbebauung Betriebsleiter &amp; Altenteiler und in einen nicht bebaubaren Bereich (Freilandauslauffläche) unterteilt.</p> <p>Weitere Angaben zur Größe des Gebietes und Art und Umfang der Tierhaltung liegen nicht vor.</p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass der Betrieb mit der Baumaßnahme eine Größe erreicht, so dass die Grenze der Vorprüfung nach UVPG überschritten wird. Diese Baumaßnahmen sind nach BauGB nur noch genehmigungsfähig, wenn sie landwirtschaftlich, d.h. nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB privilegiert zulässig sind, indem über 50 % des Futters selbst erzeugt werden kann. Wenn eine landwirtschaftliche Privilegierung nicht gegeben ist, kann die Genehmigungsfähigkeit durch das Aufstellen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes hergestellt werden.</p> <p>Die Stadt stellt durch die Ausweisung des Sondergebietes die Umsiedlung des Betriebes vom Bokeler Bogen in das Plangebiet sicher. Dabei werden die Belange des Betriebes durch die Schaffung von erforderlichen Erweiterungsmöglichkeiten bzw. der Standortsicherung berücksichtigt.</p> <p>Im weiteren Verfahren ist die Vorlage eines Immissionsschutzgutachtens erforderlich.</p> <p>Durch die Ausweisung des Sondergebietes wird dem Betrieb Planungssicherheit gegeben. Es besteht somit aus landwirtschaftlicher Sicht gegen das o.g. Vorhaben keine Bedenken.</p>	<p>Die Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Niedersachsen wird zur Kenntnis genommen und wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Die Genehmigungsfähigkeit soll durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes (Angebotsplan), der im Parallelverfahren aufgestellt wird, erreicht werden.</p> <p>Durch diese vorbereitende Bauleitplanung wird noch kein Baurecht geschaffen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen eines etwaigen späteren Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eine umfassende immissionsschutzrechtliche Prüfung durchzuführen ist. Dies schließt eine detaillierte Bewertung von Stickstoffdeposition, Ammoniakemissionen, Bioaerosolen, Staub- und Lärmemissionen sowie ggf. weiteren relevanten Stoffeinträgen ein. Die Genehmigung</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Das Forstamt Weser-Ems äußert sich zum o.g. Vorhaben wie folgt:</p> <p>Gegen das oben genannte Vorhaben bestehen von Seiten des Forstamtes Weser-Ems keine Bedenken.</p>	<p>ist nur zulässig, wenn die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Die möglichen Auswirkungen lassen sich durch die Tierartenwahl und mögliche technische Maßnahmen zur Immissionsminderung (Filtertechnik etc.) erst auf der Basis der konkreten Vorhabenplanung abschließend betrachten und auch nachhaltig lösen.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
<b>5. Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen - Kampfmittelbeseitigungsdienst: Schreiben vom 25.04.2023</b>	
<p>Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.</p> <p>Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsflugbilder für die Ermittlung von Kriegseinsparungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Flugbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten. Die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.</p> <p>Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 16 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.</p> <p>Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können:</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Auf den Flächen sind bislang keine Hinweise auf Kampfmittel zutage getreten. Es kann daher, insbesondere auch vor dem Hintergrund der bisherigen intensiven landwirtschaftlichen Nutzung im Plangebiet davon ausgegangen werden, dass auch in dem vorgesehenen Baufenster von einer Baugrundsicherheit in Bezug auf Kampfmittel auszugehen ist. Altlasten sind für den Geltungsbe- reich nicht bekannt und wurden auch nicht durch den Landkreis Emsland mitgeteilt. Ergänzend wurde ein Hinweis zur Meldung von möglichen Kampfmittelfunden aufgenommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p><a href="http://www.lgln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitigung/luftbildauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html">http://www.lgln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitigung/luftbildauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html</a></p>  <p>Empfehlung: Luftbildauswertung</p>	
<b>6. Telekom Deutschland GmbH: Schreiben vom 05.05.2023</b>	
<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S.v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Die Telekom hat bezüglich der o.g. Bauleitplanung derzeit weder Anregungen noch Bedenken.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.</p>



Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z.B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse so weit freigehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren.</p> <p>Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.</p>	
<b>7. Handwerkskammer Osnabrück: Schreiben vom 05.05.2023</b>	
<p>Die Abgabe einer Stellungnahme ist uns nicht möglich, da uns bisher lediglich Planzeichnungen vorliegen.</p> <p>Eine Begründung der Planung können wir der Homepage nicht entnehmen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>